

Regiert Geld die Welt?

_____ **Schwerpunkt:** Eliten und ihr politischer Einfluss _____ **Meinung:** Afrikanische Länder treten mit neuem Selbstbewusstsein vor den UN auf _____ **Meinung:** Die Verurteilung von Brasiliens Ex-Präsident Jair Bolsonaro ist ein Präzedenzfall zur Verteidigung der Demokratie _____ **Aus aller Welt:** Ursachen hinter Malawis Hungerkrise _____ **Aus aller Welt:** Wie sich Indien und China vor dem Hintergrund der US-Zölle einander annähern





Meinung — 5

5 Vor einer tief gespaltenen UN forderten afrikanische Länder entschieden mehr Mitsprache

Miriam Ogutu

8 Die Verurteilung von Brasiliens Ex-Präsident Jair Bolsonaro wegen versuchten Putsches ist ein Präzedenzfall für die Verteidigung der Demokratie

Mariana Llanos

11 Demokratische Strukturen in Südafrika und Äthiopien schwinden und müssen dringend reformiert werden

Hafta Gebreselassie Gebrihet

Aus aller Welt — 14

14 Zu den Gründen für die Hungersnot in Malawi zählen der Klimawandel, schlechte Agrarinfrastruktur und mangelnde internationale Solidarität

Brenard Mwanza und Matthias Scharpf

16 Weshalb sich Indien und China trotz ihrer schwierigen Geschichte derzeit annähern

Aditi Roy Ghatak

19 In den Trockengebieten Afrikas bieten sich Kakteen als Futterpflanzen für Vieh an

Nyasha J. Kavhiza

21 Heutzutage: Wie sich die afrikanische Jugend auf verschiedenen Ebenen gegen die Klimakrise engagiert

Lungelo Ndhlovu

Malawis Agrarsektor leidet unter den Folgen des Klimawandels, S. 14.



„Indien und China suchen in Lateinamerika und im Nahen Osten nach neuen Märkten, um sich gegen die Handelsschocks der USA abzusichern.“

Aditi Roy Ghatak, S. 16

23 — Schwerpunkt — Regiert Geld die Welt?

24 Der politische Einfluss von Superreichen gefährdet die Demokratie

Eva-Maria Verfürth

25 Aktuelle Zahlen und Daten zu globaler Ungleichheit

E+Z-Redaktion

27 Viele afrikanische Länder befinden sich im Würgegriff alter Männer, die seit Jahrzehnten an der Macht sind

Baba G. Jallow

30 Nach den verheerenden Jugendprotesten in Nepal besteht die Chance, das politische System zu verbessern

Rukamanee Maharjan

33 Weshalb Pakistan über eine moderne Luftwaffe verfügt, während soziale Bereiche ausbluten

Abdur Rehman Cheema

36 Korruption und organisierte Kriminalität haben Mexiko weiterhin im Griff, wie das Infrastrukturprojekt „Tren Maya“ zeigt

Sonja Peteranderl

40 Was die neue Generation von globalen Oligarch*innen auszeichnet

David Lingelbach und
Valentina Rodríguez Guerra

44 Wie man Reiche davon überzeugt, ihr Geld für gemeinnützige Zwecke zu nutzen

Nico Blaauw

Illustration: Dadi Prayoga / Unsplash



Titelbild: Illustration von Dadi Prayoga (siehe S. 4).

Die Chancen für Entwicklung steigen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Eliten eines Landes zum Wohle der Bevölkerung entscheiden. Nicht selten leben sie allerdings in Parallelwelten, sind korrupt oder Teil der organisierten Kriminalität. Weltweit konzentriert sich weiterhin sehr viel Vermögen auf sehr wenige Individuen, die fest entschlossen sind, politischen Einfluss zu nehmen – oft zum Nachteil der weniger Privilegierten.

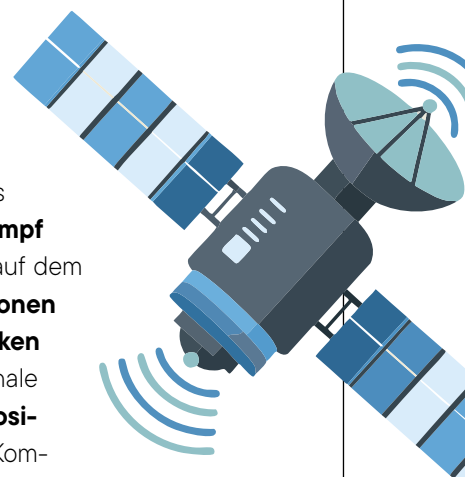
600 Millionen Menschen

in Subsahara-Afrika lebten im Jahr 2023 ohne Zugang zu Strom. Das bedeutet, dass den aktuellsten verfügbaren Zahlen der *Internationalen Energieagentur (IEA)* zufolge nur 40 % der Bevölkerung in Subsahara-Afrika zu diesem Zeitpunkt an das Hauptnetz angeschlossen waren. Zusätzlich erhielten vier Millionen Haushalte Zugang über lokale Netze.

Gleichzeitig markieren diese Zahlen eine Trendwende: Zum ersten Mal seit drei Jahren stieg die Zahl der Menschen mit Stromzugang wieder, obwohl sich die Zahlen von 2019 noch immer nicht wieder erreichen ließen. Die positive Entwicklung lässt sich nicht nur auf die zunehmende Verbreitung von Solar-Home-Systemen zurückführen, sondern auch auf den Ausbau der Stromnetze.

Die gute Nachricht

Bei all den aktuellen Ereignissen ist es Ihnen möglicherweise entgangen, dass die Afrikanische Union im Mai die **Afrikanische Weltraumagentur (AfSA)** ins Leben gerufen hat. Die erste kontinentale Weltraumagentur Afrikas mit Sitz in Neu-Kairo ist mehr als ein Symbol für den Aufbruch afrikanischer Staaten ins All. Sie ist ein wichtiger Schritt im **Kampf gegen die Klimakrise**: Der Start von Satelliten und der Aufbau von Wetterstationen auf dem gesamten Kontinent ermöglichen eine zentrale **Überwachung und wirksame Reaktionen** auf die Folgen des Klimawandels – in allen Mitgliedstaaten, **nicht nur in ressourcenstarken Ländern** wie Südafrika, Ägypten, Algerien oder Nigeria, die bereits seit Jahren in nationale Weltraumprogramme investieren. Die Integration dieser Programme dürfte **zahlreiche positive Effekte** haben – von der Optimierung der Landwirtschaft und satellitengestützten Kommunikation bis hin zu wirtschaftlichem Wachstum durch verbesserten Zugang zu Technologien.



KÜNSTLER

Dadi Prayoga

Instagram: @prayocraft



Foto: Dadi Prayoga

Dadi Prayoga ist ein Illustrator aus Indonesien. Hier stellt er sich und seine Kunst vor:

„Ich bin Illustrator und komme aus der reizenden Stadt Tasikmalaya. Ich liebe es, einfache, aber ausdrucksstarke Illustrationen zu schaffen, in denen jede Form und Farbe dazu beiträgt, eine Geschichte zu erzählen oder ein Gefühl zu vermitteln. Ich finde Inspiration in alltäglichen Momenten und den kleinen Wundern des Lebens. Für mich liegt in der Einfachheit eine besondere Magie – wenn wir weniger sagen, kann das Herz umso besser zuhören.“

Durch meine Kunst hoffe ich, mit Menschen aus allen Lebensbereichen in Kontakt zu treten und vielleicht sogar jemandem den Tag zu verschönern. Mein Traum ist es, mich als Illustrator weiterzuentwickeln und Bilder zu schaffen, die in den Herzen der Menschen bleiben. Für mich ist Illustration mehr als nur Zeichnen – es ist eine Möglichkeit, meine Sicht auf die Welt zu teilen.“

Zwei Illustrationen von Dadi Prayoga sind auf unserer Titelseite bzw. am Anfang des Schwerpunkts zu sehen.



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Pamela Smith

Der Premierminister von Burkina Faso, Rimalba Jean Emmanuel Ouédraogo, hat in seiner Rede vor der Generalversammlung heftig gegen die UN ausgeteilt.

MULTILATERALISMUS

Eine kühne Haltung

In einer tief gespaltenen UN-Generalversammlung forderten afrikanische Staats- und Regierungsoberhäupter entschieden mehr Mitsprache bei globalen Entscheidungen. Doch hinter der kühnen Rhetorik stecken alte Dilemmata: Kann Afrika sich auf Reformen einigen? Und wird es Reibungen mit traditionellen Partnern riskieren, um seinen Platz in einer sich wandelnden Weltordnung zu sichern?

VON MIRIAM OGUTU

In diesem Jahr sind die Vereinten Nationen 80 Jahre alt geworden. Bei der Generalversammlung (UNGA) im September in New York konzentrierten sich die Staats- und Regierungschef*innen der Welt auf dringliche Themen wie anhaltende Konflikte, Klimawandel, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte. Das Motto des Jubiläumsjahres, „Better Together“, könnte nicht passender sein – und zugleich keinen größeren Gegensatz zur Realität darstellen.

Die UNGA hat verdeutlicht, wie uneinig die Welt tatsächlich ist. Die Versammlung war geprägt von versteckten Sticheleien, Beschwerden, Bitten und offenen Meinungsverschiedenheiten – alles vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen: die Lage in Gaza, die Kriege im Sudan und in der Ukraine, der an Fahrt aufnehmende Klimakollaps. Und, wie der US-Präsident in seiner Rede anmerkte, angesichts defekter Teleprompter und Rolltreppen.

Die Haltung der afrikanischen Staats- und Regierungsoberhäupter entsprach der aufgeheizten Stimmung. Standhaft brachten sie ihre Beschwerden vor, forderten faire Repräsentanz und eine inklusive globale Regierungsführung, insbesondere im UN-Sicherheitsrat, dem wichtigsten Entscheidungsgremium der Organisation. Diese Anliegen waren nicht neu, aber diesmal lauter und ungeduldig.

SCHEITERN WIE DER VÖLKERBUND?

Ganz oben auf der Beschwerdeliste standen die Vereinten Nationen selbst. Die afrikanischen Vertreter*innen kritisierten deren exklusive Struktur, die den Kontinent weiterhin zur Seite drängt. Der kenianische Präsident William Ruto zog in seiner Rede eine historische Parallele zum Völkerbund und erinnerte daran, dass dieser den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern konnte. Das müsse Lehre und Warnung sein, sagte er, und betonte, wie wichtig es sei, internationale Institutionen neu zu konzipieren und zu reformieren, damit sie integrativer, reaktionsfähiger und den globalen Herausforderungen von heute besser gewachsen sind. Er forderte eine Umstrukturierung des UN-Sicherheitsrats mit mindestens zwei ständigen afrikanischen Mitgliedern.

Ruto fragte offen, ob die UN in ihrer aktuellen Form noch den Anforderungen unserer Zeit gerecht werde – und ob sie der Menschheit angesichts der heutigen globalen Realitäten noch dienen könne. Die provokante Frage fand große Resonanz und wurde von vielen Redner*innen aus Afrika aufgegriffen.

Der ghanaische Präsident John Dramani Mahama befand die UN-Charta hinsichtlich des Aspekts der Repräsentation für veraltet. Er wies darauf hin, dass die Nachkriegsmächte noch immer unverhältnismäßig viel Einfluss hätten – im

„Es herrscht ein Gefühl
des Erwachens: Afrika hat
es satt, auf Erlaubnis zu
warten, Führung zu
übernehmen – zumindest
auf dem Papier.“

krassen Gegensatz zu Artikel 1 der Charta, der die souveräne Gleichheit aller Mitgliedstaaten hervorhebt.

Mahama äußerte sich zurückhaltender als sein ostafrikanischer Amtskollege, forderte aber mindestens einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für Afrika. Zudem führte er an, das Vetorecht dürfe nicht ausschließliches Privileg einiger weniger Staaten bleiben und auch nicht absolut sein. Er schlug einen Mechanismus innerhalb der UN vor, um die Anwendung von Vetos zu überprüfen oder anzufechten – im Sinne von Fairness und Rechenschaftspflicht.

Der namibische Präsident Netumbo Nandi-Ndaitwah betonte nachdrücklich, wie wichtig es sei, den Ezulwini-Konsens aufrechtzuerhalten, der belegt, dass Afrika bereits seit 20 Jahren eine stärkere Repräsentanz fordert. Der 2005 verabschiedete Konsens beinhaltet die einheitliche Position der Afrikanischen Union hinsichtlich der Notwendigkeit einer UN-Reform, die Afrika eine gerechte Repräsentanz zugesteht.

Der Präsident von Südafrika, Cyril Ramaphosa, bekräftigte, was sein Land seit Langem beklagt: die Ineffektivität des UN-Sicherheitsrats und den Verlust seiner Glaubwürdigkeit bei der Durchsetzung des Völkerrechts. Noch schärfer war die Kritik von Premierminister Rimalba Jean Emmanuel Ouedraogo aus Burkina Faso. Er warf dem Rat vor, sich für politische Ziele und Rache missbrauchen zu lassen, statt Frieden und Gerechtigkeit zu fördern. Er forderte einen ständigen Sitz für Afrika, um Gleichgewicht und Legitimität in der globalen Regierungsführung wiederherzustellen.

Ein wichtiger Kritikpunkt der afrikanischen Staats- und Regierungsoberhäupter war auch die in den internationalen

Finanzsystemen verankerte Ungleichheit, insbesondere mit Blick auf den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. So bemängelte etwa der kenianische Präsident Ruto, dass die derzeitigen Strukturen oft wirtschaftliche Ungleichheiten perpetuierten und dass „die derzeitige globale Finanzarchitektur arme Länder bestraft und die reichen belohnt“.

„Ganz oben auf der Beschwerdeliste standen die Vereinten Nationen selbst.“

WAS FOLGT DEN WORTEN?

All diese kühnen Aussagen werfen einige Fragezeichen auf. Die Ansichten der Staats- und Regierungschef*innen spiegeln zwar gewiss die Frustrationen und Hoffnungen vieler Afrikaner*innen wider. Doch stellt sich die Frage, ob die Welt wirklich bereit ist, ihre kühnen Worte zur UN-Reform in die Tat umzusetzen oder ob die Forderungen nach Gerechtigkeit erneut in der üblichen Kakophonie inhaltsleerer Rhetorik versickern. Wird dieses neu gewonnene Selbstbewusstsein der Vertreter*innen Afrikas endlich zu sinnvollen Maßnahmen führen?

Doch selbst wenn der Ruf nach Reformen Gehör finden würde: Könnten sich die afrikanischen Staaten darauf einigen, wer die ständigen Sitze im Sicherheitsrat besetzen soll? Der nigerianische Vizepräsident Kashim Shettima ließ wenig Zweifel daran, dass sein Land einen der Sitze beanspruchen werde. Wahrscheinlich sollte der Rest des Kontinents klären, wer den anderen übernimmt. Oder sollten sich die Staaten abwechseln? Seien wir ehrlich: Ein Konsens darüber ist eine enorme Herausforderung. Wer entscheidet also – und nach welchen Kriterien?

Und wenn die Welt diese Forderungen weiterhin ignoriert – was dann? Wird Afrika den Mut haben, den Status quo zu durchbrechen, seine Rolle innerhalb des UN-Systems zu überdenken oder gar einen unabhängigen Kurs einzuschlagen, der sein wachsendes globales Selbstbewusstsein widerspiegelt? Ehrlich gesagt, bezweifle ich das.

Vielleicht ist die wichtigere Frage jetzt, ob das wachsende Selbstbewusstsein Afrikas auf der Weltbühne die Beziehungen zu seinen traditionellen westlichen Partnern belasten wird. Das gilt insbesondere angesichts der fortlau-

fenden und verheerenden Kürzungen im Bereich Nothilfe und Entwicklung, verkörpert durch den jüngsten Aufruhr um den Rückzug von USAID.

Die diesjährige UN-Generalversammlung signalisiert aber einen Wandel. Es herrscht Aufbruchstimmung: Afrika hat es satt, auf Erlaubnis zu warten, Führung zu übernehmen – zumindest auf dem Papier. Seine Vertreter*innen sprachen ungewöhnlich überzeugt und forderten einen fairen Anteil an der globalen Entscheidungsmacht statt symbolischer Gesten.

Aber mutigen Worten müssen mutige Taten folgen. Wird sich Afrikas Selbstbewusstsein in einem gemeinsamen Reformwillen zeigen, oder wird zurückgerudert aus Angst, Gebergelder und ausländische Hilfe zu verlieren?



MIRIAM OGUTU

ist eine panafrikanische Journalistin und Expertin für strategische Kommunikation sowie die Analyse internationaler Beziehungen.

missogutu@gmail.com

BRASILIEN

Ein Meilenstein für die Demokratie

*In einem historischen Urteil haben brasilianische Gerichte den ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro unter anderem wegen versuchten Staatsstreichs schuldig gesprochen. Das ist ein starkes Zeichen in Zeiten, in denen weltweit immer mehr nichtdemokratische Politiker*innen Wahlen gewinnen.*

VON MARIANA LLANOS

Im Jahr 2023 protestierten Demonstrierende in São Paulo gegen einen Amnestiegesetzentwurf, der dem ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro zugutegekommen wäre.



Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/Cris Faga

Am 11. September 2025 fällte der Oberste Bundesgerichtshof von Brasilien ein historisches Urteil. Er verurteilte Ex-Präsident Jair Bolsonaro und sieben enge Verbündete – darunter ehemalige Generäle – wegen Verschwörung zum Umsturz der demokratischen Ordnung. Wir erinnern uns an die Politik des rechtsextremen Ex-Präsidenten (2019–2022) – oder eher an seine Politik der Untätigkeit: Er gefährdete die Artenvielfalt des Amazonas und leugnete die Gefahr durch die Pandemie. Doch damit nicht

genug: Bolsonaro war auch dafür berüchtigt, demokratische Institutionen zu untergraben, etwa indem er das seit Langem bewährte elektronische Wahlsystem Brasiliens infrage stellte. Als er 2022 die Stichwahl gegen den derzeitigen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva verlor, erkannte er das Wahlergebnis nicht an.

Am 8. Januar 2023, nur eine Woche nach Lulas Amtseinführung, stürmten Tausende von Bolsonaro-Anhänger*in-

nen den brasilianischen Kongress, den Obersten Gerichtshof und den Regierungspalast in Brasília. Sie plünderten die Gebäude und forderten einen Militärputsch, um Lula zu stürzen und Bolsonaro wieder einzusetzen.

Diese Gewaltszenen waren nur der sichtbare Teil eines größeren Komplotts, das Polizei und Staatsanwaltschaft hinterher durch ihre Ermittlungen aufdeckten. Auf die Ermittlungen hin klagte ein fünfköpfiges Gremium des Obersten Bundesgerichts Bolsonaro an – wegen Führung einer kriminellen Vereinigung, des Versuchs, die Demokratie gewaltsam abzuschaffen, Planung eines Staatsstreichs, Beschädigung öffentlichen Eigentums und sogar wegen Verschwörung zur Ermordung wichtiger demokratischer Persönlichkeiten wie Präsident Lula und Richter Alexandre de Moraes. Die einzige abweichende Stimme im Prozess war die von Richter Luiz Fux. In einer ungewöhnlich langen, zehnstündigen Rede forderte er, den Fall aus verfahrensrechtlichen und materiellen Gründen für nichtig zu erklären. Das Gericht verurteilte Bolsonaro dennoch mit vier zu einer Stimme.

VERURTEILT WEGEN DES ANGRIFFS AUF DIE DEMOKRATISCHE ORDNUNG

Für Bolsonaro und seine Anhänger*innen war es ein politischer Prozess. Besonders Richter de Moraes, der während der Wahlen 2022 den Obersten Wahlgerichtshof leitete und Bolsonaros Wahlbetrugsbehauptungen entschieden zurückwies, ist bei den Bolsonaristas unbeliebt. Der Richter nahm auch nach den Ereignissen vom 8. Januar 2023 eine klare Haltung ein. Als 2024 Ermittlungen wegen Desinformationskampagnen der extremen Rechten liefen, ordnete er an, den Betrieb des Netzwerks X in Brasilien temporär einzustellen.

Doch der Bolsonaro-Prozess war keine Aktion eines Einzelkämpfers. Brasilien ist seit Langem bekannt für seine starken Justiz- und Strafverfolgungsbehörden sowie die Unabhängigkeit seiner Gerichte. Und tatsächlich kann von politischer Verfolgung keine Rede sein, da die Versuche, die Demokratie zu untergraben, so dreist und ungeheuerlich waren.

In einem herausragenden Gerichtsurteil wurde der Ex-Präsident wegen seiner zentralen Führungsrolle in der mutmaßlichen Verschwörung zu 27 Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Auch die weiteren Täter – außer einem, der mit der Staatsanwaltschaft kooperierte und als Zeuge aussagte – erhielten lange Haftstrafen, meist von mindestens 19 Jahren. Was diesen Prozess historisch macht, ist, dass er nicht nur den Ex-Präsidenten betrifft: Erstmals wurden auch hochrangige Militärs vor Zivilgerichten wegen Verschwörung zum Sturz der demokratischen Ordnung zur Verantwortung gezogen.

WENN DIE MÄCHTIGEN ZUR RECHENSCHAFT GEZOGEN WERDEN

Aber ist der Bolsonaro-Prozess auch einzigartig in Lateinamerika? Seit den demokratischen Übergängen Ende des 20. Jahrhunderts wurde gegen Dutzende ehemalige Staatsoberhäupter ermittelt oder sie wurden vor Gericht gestellt. Die Anklagen reichten von Korruption und illegaler Bereicherung bis hin zu Menschenrechtsverletzungen und Wahlvergehen. Allein in diesem Jahr gab es neben dem Bolsonaro-Prozess zwei weitere Fälle. Im Juli wurde Ex-Präsident Álvaro Uribe in Kolumbien wegen Zeugenbeeinflussung und Verfahrensbetrugs zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Er wurde für schuldig befunden, inhaftierten Paramilitärs – über seine Anwälte – Geld und Vorteile geboten zu haben, um sie zu Falschaussagen zu bewegen. Sie sollten Vorwürfe austräumen, dass er Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen habe.

„Der Prozess gegen Bolsonaro hebt sich ab, weil es hier um einen Versuch ging, die demokratischen Institutionen zu unterwandern.“

Obwohl Uribe aktuell bis zur Berufungsverhandlung auf freiem Fuß ist, ist hiermit erstmals ein kolumbianischer Ex-Präsident strafrechtlich verurteilt worden. Argentinien seinerseits verurteilte bekanntlich 1985 die De-facto-Präsidenten der letzten Militärdiktatur (1976–1983) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit – ein Meilenstein in der Geschichte Argentiniens – sowie den demokratisch gewählten Präsidenten Carlos Menem (1989–1999) wegen strafrechtlicher Vorwürfe. In diesem Jahr wurde die ehemalige Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner (2007–2015) wegen schwerer Veruntreuung öffentlicher Gelder während ihrer Amtszeit verurteilt. Sie verbüßt derzeit eine sechsjährige Haftstrafe unter Hausarrest.

In einem polarisierten Umfeld ist es schwierig, mächtige Führungspersonlichkeiten zur Verantwortung zu ziehen. Alle drei in diesem Jahr verurteilten Politiker*innen behaupten, ihre Verurteilungen seien politisch motiviert. Sie stellen damit die Legitimität der Gerichtsverfahren infrage: Uribe betonte die Unfairness des Verfahrens und die Voreingenommenheit der Justiz, Bolsonaro schloss sich der Klage seines Verbündeten Donald Trump über eine „He-

xenjagd“ an, während Fernández ihren Fall als „Lawfare“ darstellte und sich selbst als Ziel elitärer Verschwörungen präsentierte. Alle drei mobilisierten ihre Anhängerschaft, sodass diese auf die Straße gingen.

Alle drei Fälle testen die Möglichkeiten und die Reichweite des Rechtsstaats aus. Der Prozess gegen Bolsonaro hebt sich jedoch ab, weil es hier um einen Versuch ging, die demokratischen Institutionen zu unterwandern. Er ist ein wichtiger Präzedenzfall für die Verteidigung der konstitutionellen Demokratie in einer Zeit, in der zunehmend nicht-demokratische Politiker*innen über die Wahlurne in politische Ämter gelangen.

**MARIANA LLANOS**

ist leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin am German Institute for Global and Area Studies (GIGA) und Ko-Chefredakteurin der GIGA-Publikation „Journal of Politics in Latin America“. Sie hält den ERA-Lehrstuhl an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität in Prag und ist außerordentliche Professorin für „Demokratische Institutionen im Globalen Süden“ an der Universität Erfurt.

mariana.llanos@giga-hamburg.de

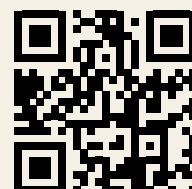
Foto: Claudia Hoehne



E+Z in der App lesen!

Mit unserer übersichtlichen App haben Sie E+Z immer zur Hand.

Hier geht's zum Download: dandc.eu/de/app



GOVERNANCE

Lehren für die Demokratie aus Südafrika und Äthiopien

Demokratische Institutionen in ganz Afrika stehen vor wachsenden Herausforderungen. Bemerkenswerte Beispiele dafür sind Südafrika und Äthiopien. Südafrika galt lange als demokratische Erfolgsgeschichte. Derzeit kämpft es jedoch mit zunehmender politischer Polarisierung, und das öffentliche Vertrauen kriselt. Äthiopien hatte nach umfassenden Reformen unter Premierminister Abiy Ahmed zunächst Hoffnung auf positive Veränderungen, gleitet jedoch in den letzten Jahren wieder in Richtung Autoritarismus ab.

VON HAFTE GEBRESELASSIE GEBRIHET



Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa (rechts) und der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed.

Südafrikas Übergang aus der Apartheid im Jahr 1994 führte zur Gründung einer der stabilsten konstitutionellen Demokratien Afrikas, die auf Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Justiz und regelmäßigen Wahlen basiert. Drei Jahrzehnte später steht die Demokratie jedoch massiv unter Druck. Die Wahlen im Jahr 2024 markierten einen Wendepunkt: Der African National Congress (ANC) erlitt seine schlimmste Wahlniederlage und erzielte erstmals seit 1994 keine parlamentarische Mehrheit. In diesem Wandel zeigt sich die wachsende Frustration der Bevölkerung über Korruptionsskandale, wirtschaftliche Stagnation und Versäumnisse der Regierung.

Der Aufstieg populistischer Bewegungen, insbesondere der Economic Freedom Fighters (EFF) und der Partei uMkhonto weSizwe (MK) des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma, hat die politische Spaltung verschärft. Diese Parteien nutzen wirtschaftliche und historische Missstände aus und erschweren damit zunehmend eine konsensorientierte Regierungsführung. Korruption und Misswirtschaft führen zudem dazu, dass die Öffentlichkeit das Vertrauen in die Institutionen verliert, was die demokratische Stabilität zusätzlich schwächt. Trotz dieser Herausforderungen verfügt Südafrika nach wie vor über institutionelle Schutzmechanismen wie eine unabhängige Justiz und eine aktive Zivilgesellschaft. Diese können zur Überwindung der demokratischen Krise beitragen – sofern die politische Führung Reformen und Rechenschaftspflicht priorisiert.

Auch Äthiopiens demokratischer Kurs ist deutlich instabiler geworden. Abiy Ahmeds Aufstieg zum Premierminister 2018 und der Friedensnobelpreis, den er ein Jahr später insbesondere für seine Politik der Versöhnung mit dem Nachbarland Eritrea erhielt, signalisierten zunächst einen Bruch mit der autoritären Vergangenheit des Landes und versprochen politische Liberalisierung. Dieser Optimismus schwand jedoch schnell, als die Regierung zu Repression, Zensur und zentralistischer Kontrolle zurückkehrte.

Die Wahlen von 2021 – von Wählerunterdrückung und Konflikten überschattet – unterstrichen Äthiopiens demokratischen Rückschritt. Teile der Bevölkerung wurden vom Wahlprozess ausgeschlossen, und wichtige Oppositionspersonlichkeiten wurden verhaftet. Die Wahlen waren somit weder frei noch fair.

„Demokratie ist
kein Selbstläufer.“

Zudem hat das ethnisch-föderalistische System Äthiopiens, ursprünglich dazu gedacht, Macht zu dezentralisieren, in Wirklichkeit ethnische Spaltungen und Instabilität verschärft und gewaltsame Konflikte ausgelöst. Äthiopien hatte den ethnischen Föderalismus eingeführt und die Regionen des Landes anhand ethnischer Grenzen umstrukturiert, nachdem die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) 1991 die Macht übernommen und die Militärjunta gestürzt hatte.

ERKENNTNISSE FÜR DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE IN AFRIKA

Aus den Erfahrungen von Südafrika und Äthiopien lassen sich wichtige Erkenntnisse für demokratische Regierungsführung in ganz Afrika ableiten.

Erstens: Institutionen allein reichen nicht. Um die Demokratie aufrechtzuerhalten, braucht es unbedingt politischen Willen und bürgerschaftliches Engagement. Südafrika hat weiterhin eine intakte, unabhängige Justiz und eine freie Presse, aber ohne proaktive Reformen wird die zunehmende Polarisierung diese schwächen. In Äthiopien haben schwache Institutionen eine autoritäre Konsolidierung ermöglicht, in der wenig Raum für demokratische Debatten bleibt.

Zweitens: Wahlen sind kein Garant für Demokratie. Der Wahlprozess in Äthiopien hat gezeigt, dass Wahlen ohne Transparenz und politischen Wettbewerb nur symbolischer Natur sind. Selbst in Südafrika zeigt das sinkende Vertrauen der Wählerschaft, dass reine Verfahrensdemokratie nicht ausreicht – politisch Verantwortliche müssen rechenschaftspflichtig sein und auf die Anliegen der Öffentlichkeit eingehen.

Drittens: Politische Polarisierung und ethnische Spaltung sind existenzielle Bedrohungen für die Demokratie. In Südafrika birgt populistische Rhetorik die Gefahr, demokratische Normen zu untergraben, während in Äthiopien der ethnisch geprägte Föderalismus die Konflikte eher verschärft hat, als Integration zu fördern. Entscheidend sind in beiden Fällen inklusive Regierungsführung und das Bemühen, soziale Spaltungen zu überwinden.

Afrikas demokratische Zukunft hängt davon ab, wie widerstandsfähig seine Institutionen sind und wie sehr sich politisch Verantwortliche und Zivilgesellschaft für die Wahrung demokratischer Prinzipien engagieren. Südafrika verfügt nach wie vor über den institutionellen Rahmen, um die aktuelle Krise zu überwinden – vorausgesetzt, es führt Reformen durch, um das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen und die Korruption einzudämmen. Äthiopien hingegen benötigt eine grundlegende politische Umstrukturierung,

„In Südafrika birgt populistische Rhetorik die Gefahr, demokratische Normen zu untergraben; in Äthiopien hat der ethnisch geprägte Föderalismus Konflikte verschärft.“

um eine weitere Erosion der Demokratie und noch mehr Instabilität zu verhindern.

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie erfordert Wachsamkeit, Reformen und eine aktive Beteiligung der Bürger*innen. Die Erfahrungen Südafrikas und Äthiopiens zeigen, dass demokratischer Fortschritt möglich, aber fragil ist. Wollen Afrikas Demokratien überleben, so müssen sie nicht nur ihre Institutionen verteidigen, sondern auch ein politisches Umfeld schaffen, in dem Inklusion, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt stehen.



HAFTE GEBRESELASSIE GEBRIHET

ist Postdoctoral Research Fellow an der Nelson Mandela School of Public Governance an der Universität Kapstadt (UCT). Er erforscht insbesondere den Aufbau demokratischer Regierungsführung und resilienter Institutionen in Afrika, besonders hinsichtlich der UN-Agenda 2030 und der Afrika-Agenda 2063.

hafte.gebrihet@uct.ac.za

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

66. Jg. 2025

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: www.dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30. Oktober 2025 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli

Mahajan, Lucknow (RM), Alba Nakuwa, Juja (AN), Ronald Sseguija Ssekandi,

Kampala (RSS), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Lisa Stein, Anabell Krebs, Charlotte Rother

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.



Farm im Süden Malawis, die 2023 vom Zyklon Freddy verwüstet wurde.

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Malawis Kampf gegen den Hunger wird immer schwieriger

Die Hungerkrise in Malawi verschärft sich weiter. Neuesten Schätzungen zufolge sind rund 5,7 Millionen Menschen – etwa 28 % der Bevölkerung – akut von Ernährungsunsicherheit betroffen. Die Ursachen haben sich über viele Jahre hinweg aufgebaut und sind eine Kombination aus extremen Wetterereignissen, wirtschaftlichem Druck und schwachen Strukturen in der Landwirtschaft.

VON BRENARD MWANZA UND MATTHIAS SCHARPF

Das El-Niño-Phänomen hatte besonders heftige Folgen für Malawi. In vielen Regionen des Landes gab es lang andauernde Dürreperioden, denen Überschwemmungen und Hagelstürme folgten. Die Auswirkungen sind drastisch: Letztes Jahr fiel die Maisernte – Malawis Grundnahrungsmittel – um 17 % geringer aus

als im Fünfjahresdurchschnitt. Auch andere Feldfrüchte wie Bohnen konnten unter den ungünstigen Bedingungen nicht gedeihen.

Im vergangenen Jahr rief die Regierung in 23 der 28 Distrikte Malawis den Notzustand aus. Der damalige Präsident

Lazarus Chakwera schätzte den Bedarf an internationaler Hilfe auf mehr als 200 Millionen Dollar. Die Lage verschlechtert sich zusehends, besonders in den südlichen Regionen wie Phalombe, Zomba und Mangochi. Aber auch zentral gelegene Bezirke wie Lilongwe und Mchinji melden eine Zunahme von Notfällen.

Dem Landwirtschaftsministerium zufolge wurden allein in den letzten Monaten mehr als 79.000 Hektar Ackerland durch Dürre, Überschwemmungen und Hagel zerstört. Fast 142.000 Haushalte sind davon betroffen. Im vergangenen Jahr warnte das Malawi Vulnerability Assessment Committee (MVAC), dass bis zu 5,7 Millionen Menschen während der aktuellen Hungersnot auf Hilfe angewiesen sein könnten. Diese Vorhersage hat sich inzwischen weitgehend bestätigt.

„Die Not in Malawi ist nicht allein Folge extremer Wetterbedingungen, sondern auch ein Spiegel der tiefgreifenden weltweiten sozialen Ungerechtigkeit.“

LANDWIRT*INNEN VOR DEM RUIN

In vielen betroffenen Dörfern ist die Verzweiflung spürbar. „Anfangs sah der Mais gut aus“, berichtet Dorfvorsteher M'bwinja aus Chimutu bei Lilongwe. „Aber dann kam die Dürre. Alles wurde zerstört. Wir konnten uns kaum Düngemittel leisten, geschweige denn neues Saatgut.“ Auch Tereza Langton, eine Kleinbäuerin aus Blantyre, steht vor dem Ruin. „Wenn ich in diesem Jahr keine Ernte habe, kann ich nicht einmal die Schulgebühren für meine Kinder zahlen. Wir sind auf Hilfe angewiesen.“

Internationale Organisationen wie das World Food Programme (WFP) und UNICEF stellen bereits lebenswichtige Hilfe zur Verfügung. Aber die Gelder reichen nicht aus, um alle Betroffenen zu versorgen. Lokale Akteure wie CADECOM, das Entwicklungsbüro der katholischen Kirche in Malawi, warnen, dass sich die Lage ohne Unterstützung weiter verschlimmern wird. Sie fordern gezielte Investitionen, beispielsweise in dürreresistentes Saatgut und verbesserte Bewässerungssysteme, aber auch in Bildungsmöglichkeiten und Ernährungshilfe für Kinder.

Die katholische Kirche ist aktiv an der Bereitstellung von Nothilfe in Malawi beteiligt. Weihbischof Vincent Frederick Mwakhwawa ist zutiefst besorgt über die Folgen der Hungersnot, besonders für Familien in den ländlichen Gegenden. „Viele Menschen hatten auch vorher schon zu kämpfen“, sagt er. „Nun besteht die Gefahr, dass sie alles verlieren.“ Er betont, wie wichtig es ist, betroffene Haushalte mit Saatgut und Düngemitteln zu versorgen, damit sie auch während der Wintersaison ihre Felder nutzen können, und fordert Solidarität und Unterstützung.

Die Hungersnot in Malawi ist kein Einzelfall. Sie steht besonders im Globalen Süden für eine zunehmende Vulnerabilität vieler Länder infolge des Klimawandels. Wenn Dürren die Ernten zerstören, steigen die Lebensmittelpreise – und vielen Familien bricht dadurch die ganze Existenz weg. Die Situation verdeutlicht auch, wie wichtig es ist, über Nothilfe hinauszudenken. Für eine klimafreundliche Landwirtschaft, bessere Präventionsstrukturen und soziale Sicherheitssysteme braucht es Unterstützung über einen längeren Zeitraum.

Zudem ist die Not in Malawi nicht allein Folge extremer Wetterbedingungen, sondern auch ein Spiegel der tiefgreifenden weltweiten sozialen Ungerechtigkeit. Sie erinnert uns daran, dass globale Solidarität gefragt ist, wo Menschen ohne eigenes Verschulden an ihre Grenzen kommen.



BRENARD MWANZA

ist Experte für Kommunikation und Medien und auf Storytelling für soziale Wirkung spezialisiert. Er kommt aus Malawi.

brennie.m897@gmail.com



MATTHIAS SCHARPF

macht einen Bachelor im Fach Internationale Beziehungen und Management an der OTH Regensburg. Er hat praktische Felderfahrung in Malawi und spezialisiert sich auf Bildung und Entwicklungszusammenarbeit.

m.scharpf@liberatingeducation.org

Narendra Modi, Xi Jinping und Wladimir Putin beim Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation in Tianjin im September.



Foto: picture alliance/ZUNAPRESS.com/Alexander Kazakov

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Weshalb Indien und China ihre Beziehungen neu ausrichten

Trotz großer Differenzen nähern sich die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt in letzter Zeit an, begünstigt auch durch die Strafzollpolitik der USA. So analysieren Fachleute aus Indien und China diese geopolitische Entwicklung.

VON ADITI ROY GHATAK

Die Durga-Puja-Feierlichkeiten in Indien werden jährlich zu Ehren der hinduistischen Muttergöttin Durga begangen und um den Sieg des Guten über das Böse zu feiern. Im Bundesstaat Westbengalen sind die Festivitäten die größten ihrer Art und zählen zum immateriellen Kulturerbe der UNESCO. Während der Feierlichkeiten im September dieses Jahres waren Tonfiguren von Durga zu sehen, die einen Dämon tötet, der US-Präsident Donald Trump frappierend ähnlich sah. Die Einheimischen drückten mit dieser politischen Symbolik ihren Ärger über die jüngsten Handelszölle der Trump-Regierung aus.

Trumps Handelspolitik hat drastische wirtschaftliche Folgen. Seine Regierung hat Zölle von bis zu 50 % auf indische Exporte wie Kleidung, Schmuck, Chemikalien und Schuhe erhoben – betroffen sind mehr als die Hälfte der jährlichen Exporte des Landes in Höhe von 87 Milliarden Dollar in die USA. Ersten Schätzungen zufolge könnten die Zölle Indiens Exporte in die USA mittelfristig halbieren. Das würde bis zu 0,9 % des indischen BIP gefährden und Millionen von Arbeitsplätzen bedrohen, besonders in arbeitsintensiven Sektoren wie Textil, Edelmetall und Fischerei.

Auch China bekommt Trumps Zölle zu spüren. Für einige chinesische Exporte lagen diese bei bis zu 145 %. China reagierte mit Gegenzöllen und Exportkontrollen für seltene Erden. Ein Treffen zwischen Trump und Xi Jinping Ende Oktober in Südkorea sendete jedoch Zeichen der Deeskalation.

„Diese disruptiven Zölle bedrohen Indiens exportorientierte Sektoren, haben die Beziehungen zu Washington belastet und den Handel zwischen den USA und China entkoppelt. Indien und China sind gezwungen, in einer sich wandelnden Weltordnung neue Allianzen zu suchen“, sagte Sitaram Sharma, Präsident des Tagore Institute of Peace Studies (TIPS). Er wies darauf hin, dass die US-Zölle gegen Indien weithin als Vergeltung dafür gesehen werden, dass Neu-Delhi russisches Öl importiert hat. Die USA und andere Nationen – darunter Großbritannien und einige EU-Länder – haben wegen Putins anhaltenden Angriffs auf die Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt.

Sharma sprach Mitte September auf einer Konferenz in Kolkata, wo Wissenschaftler*innen aus Indien und China darüber diskutierten, wie globale Entwicklungen die Beziehungen zwischen den beiden Ländern prägen. TIPS und das chinesische Konsulat in Kolkata hatten die Veranstaltung „Shifting Geopolitics: A New Framework for India-China Relations“ organisiert.

AUF DER SUCHE NACH ANDEREN OPTIONEN

Die Fachleute diskutierten den Einfluss der jüngsten US-Zölle darauf, dass Indien engere Beziehungen zu China, Russland und anderen Ländern anstrebt. Indiens Premierminister Narendra Modi etwa hatte China erstmals nach sieben Jahren wieder besucht und sich im August auf dem Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) in Tianjin mit Chinas Präsident Xi Jinping getroffen. Auch der russische Präsident Wladimir Putin hatte an dem Gipfeltreffen teilgenommen – alles Zeichen für eine strategische Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Indien, China und Russland.

Indien und China suchen in Lateinamerika und im Nahen Osten nach neuen Märkten, um sich gegen die Handelschocks der USA abzusichern. China möchte sich auch in Richtung der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN) und afrikanischer Länder stärker diversifizieren und den Binnenkonsum steigern.

„Die beiden bevölkerungsreichsten Länder und die beiden größten sich entwickelnden Volkswirtschaften sind in einer entscheidenden Phase ihrer nationalen Entwicklung und Erneuerung“, sagte Qin Yong, Chinas amtierender Generalkonsul in Kolkata. Er bezog sich dabei darauf, dass China und Indien ihre jeweiligen Entwicklungsziele verfolgen, festgelegt in Chinas Second Centenary Goal (2049) und Indiens Viksit Bharat („Entwickeltes Indien“) 2047. Qin betonte,

der Handel zwischen den beiden Ländern habe in den ersten sieben Monaten dieses Jahres ein Volumen von 88 Milliarden Dollar erreicht, 10,5 % mehr als im Vorjahreszeitraum. „Nur durch eine Stärkung beidseitig vorteilhafter Zusammenarbeit können China und Indien ein Win-win-Ergebnis und eine gemeinsame Entwicklung erreichen“, sagte er.

„Die Beziehungen zwischen Indien und China haben in den vergangenen Jahren stark gelitten. So kam es etwa wiederholt zu Scharmützeln an der gemeinsamen Grenze im Himalaya.“

Allerdings ist diese Option mit Problemen behaftet. Auf der Konferenz in Kolkata sprachen mehrere Expert*innen über das lang bestehende Misstrauen zwischen Peking und Neu-Delhi. Zugleich betonten sie, wie wichtig es sei, dieses Klima des Konflikts in eines der Zusammenarbeit zu verwandeln. Ishani Naskar von der Jadavpur University in Kolkata betonte, dass Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Geografie und das koloniale Erbe Indiens und Chinas die aktuellen Herausforderungen prägten. „Wir können nicht voreinander weglaufen“, sagte sie. Ihrer Meinung nach sollten sich die beiden Länder darauf konzentrieren, Schwierigkeiten zu überwinden und den Handel zu stärken.

SCHWIERIGE BEZIEHUNG

Die Beziehungen zwischen Indien und China haben in den vergangenen Jahren stark gelitten. So kam es etwa wiederholt zu Scharmützeln an der gemeinsamen Grenze im Himalaya. Bei einem Grenzkonflikt im Galwan-Tal 2020 verloren mehr als 20 Soldaten beider Länder ihr Leben. „Die bilateralen Beziehungen erreichten einen Tiefpunkt“, erinnerte sich Zhang Jiadong von der Fudan University in China. „Indien stoppte mehrere Investitionen chinesischer Unternehmen und schränkte Technologieexporte ein, während China seine Grenzinfrastruktur verstärkt ausbaute“, sagte er.

Wenig überraschend förderte die Regierung Modi eine Politik der „Selbstständigkeit“, während China seine Beziehungen zur ASEAN vertiefte. Laut Zhang verstärkten die Ereignisse die Unterbrechungen der Lieferketten während der

Pandemie. Glücklicherweise entwickelte sich der Konflikt nicht zu einer totalen Konfrontation, sagte Zhang. Beide Länder hätten sich sehr zurückgehalten.

Den beiden Nationen gelang es, ihre Spannungen abzubauen. Im Oktober 2024 beschleunigte ein Grenzschutzabkommen den Deeskalationsprozess; es folgten ein bilaterales Treffen in Russland und Modis Teilnahme am SCO-Gipfel. Hochrangige Treffen wurden wieder aufgenommen. Laut Zhang verlief die Wiederannäherung zwar nicht problemlos, aber die Führungen beider Länder bemühten sich deutlich darum, die Beziehungen zu stabilisieren. „In einer sich wandelnden Welt können sich China und Indien eine anhaltende Konfrontation nicht leisten“, sagte er. Zhang sieht das Grenzabkommen von 2024 als „Durchbruch“.

Huang Yunsong von der Sichuan University in China hob die Bedeutung institutionalisierter vertrauensbildender Maßnahmen hervor, zum Beispiel die 2021 zwischen den Streitkräften beider Länder eingerichtete Echtzeit-„Vertrauens-Hotline“. Er beschreibt sie als einen „rund um die Uhr verfügbaren Mechanismus zur Echtzeit-Koordination, ergänzt durch gemeinsame Übungen in nicht sensiblen Bereichen zur Förderung der Beziehungen zwischen den Streitkräften“.

Wie wichtig Vertrauen ist, bekräftigte auch Tridib Chakraborti von der Adamas University in Indien. Er hob institutionelle Mechanismen für das Konfliktmanagement hervor: „Die künftige Strategie muss auf Realismus basieren und auf regionale und globale Stabilität ausgerichtet sein.“

Suranjan Das, Vizekanzler der Adamas University in Indien, verwies auf die enormen Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen China und insbesondere Ostindien.

WEDER VERBÜNDETE NOCH FEINDE

All das bedeutet jedoch nicht, dass Indien und China zu Verbündeten würden. Dies wäre nicht vereinbar mit der strategischen Autonomie Chinas und Indiens, sagte Zhang Jiadong. Allerdings betonte er, die beiden Länder „sollten keine Feinde werden, da dies die globalen Risiken vergrößern würde“. Indiens Handelsdefizit von 99 Milliarden Dollar gegenüber China drücke eine „gegenseitige Abhängigkeit“ aus. „Kümmert man sich nicht darum, könnte das Defizit den Protektionismus anheizen; nutzt man es hingegen, könnte es das kombinierte BIP-Wachstum auf über sieben Prozent jährlich steigern und Millionen von Menschen aus der Armut befreien“, sagte Zhang.

Indien richtet seine Beziehungen zu regionalen Blöcken und Ländern neu aus und wird wohl auch seine Verbindungen zu Russland vertiefen. Beide Länder verbindet eine Tradition der geopolitischen Zusammenarbeit; Russland hat Indien in schwierigen Situationen unterstützt. Zu den wirtschaftlichen

Beziehungen gehört der Internationale Nord-Süd-Transportkorridor (INSTC), der Mumbai mit St. Petersburg verbindet – über Iran, Aserbaidshan und das Kaspische Meer. Der Korridor fördert die regionale wirtschaftliche Integration zwischen Indien, Russland, Iran und Zentralasien.

WIE GEHT ES WEITER?

Am Rande der Konferenz in Kolkata wurden auch mögliche Folgen dieser geopolitischen und wirtschaftlichen Veränderungen diskutiert. Dazu gehören:

1. Eine gestärkte Shanghai Cooperation Organisation. Diese würde als integrativere und kohärentere Plattform für eine gemeinsame diplomatische Strategie in Eurasien dienen und zugleich stärker beeinflusst werden von den sich verändernden Dynamiken zwischen Indien, China und Russland.
2. Eine Erweiterung der Gruppe der BRICS+, die aktuell Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und andere Länder umfasst – inklusive einer vertieften wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.
3. Eine Neugestaltung der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC), bestehend aus Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, den Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka – oder aber eine neue regionale Gruppierung, die sich auf die geopolitische Ausrichtung und Konnektivität Südasiens auswirken würde.
4. Koordinierte Bemühungen, um Alternativen zu den westlich dominierten internationalen Institutionen zu schaffen – etwa durch globale multipolare Allianzen, da die Länder durch diversifizierte multilaterale Partnerschaften mehr wirtschaftliche Souveränität und Resilienz anstreben.

Weltweit streben Länder nach mehr Kontrolle über wichtige Ressourcen und strategische Sektoren, um sich vor externen politischen Veränderungen zu schützen. Indiens künftige Beziehungen zu anderen Ländern und regionalen Blöcken werden davon geprägt sein, dass es entschlossen ist, strategisch autonom zu bleiben. Dass sich sowohl China als auch die USA mit dem Erzrivalen Pakistan anfreunden, löst in Indien nationale Sicherheitsbedenken aus. Es liegt jedoch im wirtschaftlichen Interesse Indiens, eine differenzierte, pragmatische Zusammenarbeit jenseits ideologischer oder historischer Bündnisse zu pflegen.



ADITI ROY GHATAK

ist freie Journalistin und Dekanin des Tagore Institute of Peace Studies. Sie lebt in Kolkata und Delhi.

aroyghatak1956@gmail.com

LANDWIRTSCHAFT

Kakteen als Lebensader der Viehhaltung

In den Trockengebieten Afrikas lässt sich herkömmliches Viehfutter kaum anbauen. Alternativ bieten sich Kakteen an, um Viehbetriebe widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels zu machen.

VON NYASHA J. KAVHIZA



Foto: picture alliance/Westend61/Ega Birk

Der Feigenkaktus kann Vieh in trockenen Gebieten als Nahrungs- und Wasserquelle dienen.

Die Viehwirtschaft spielt in den ariden und semiariden Regionen Afrikas eine wichtige Rolle, sowohl in nördlichen Ländern wie Marokko und Ägypten als auch in südlichen wie Namibia und Botswana. In den Trockengebieten des Kontinents leben über 525 Millionen Menschen, die von Regenfeldbau und Viehzucht abhängig sind. Da Ackerbau wegen schlechter Böden und unregelmäßiger Niederschläge oft nicht möglich ist, konzentrieren sich viele Menschen auf die Viehzucht. Doch lang anhaltende Dürren, verschärft durch das Wetterphänomen El Niño und den Klimawandel, haben die Wasserknappheit weiter verschärft und zu erheblichen Viehverlusten geführt.

Angesichts dessen ist der Einsatz des Feigenkaktus (*Opuntia ficus-indica*) als Futterpflanze und Feuchtigkeitsquelle eine vielversprechende Lösung. Die Kakteenart ist an aride und semiaride Umgebungen angepasst und gedeiht dort, wo die meisten Nutzpflanzen versagen. Sie nutzt Wasser sehr effizient und besitzt eine wachsartige Außenhaut, sodass die Verdunstung gering ist. Das Produktivitätspotenzial der Kaktusfeige wird auf das 60-Fache von Weideland geschätzt.

„Für Viehhalter*innen in Afrikas Trockengebieten kann der Anbau von Kaktus als Futterpflanze den Wasserverbrauch – gerade jetzt angesichts der Klimakrise – deutlich senken und die Widerstandsfähigkeit ihrer landwirtschaftlichen Betriebe stärken.“

Feigenkakteen werden von den Tieren gut angenommen und bestehen zu etwa 85 % aus Wasser. Wo sie Teil der Fütteration sind, kann der Trinkwasserbedarf der Tiere deutlich sinken. In Brasilien sind Kakteen als Viehfutter bereits weit verbreitet. Viele der dortigen Milchkühe benötigen kein zusätzliches Trinkwasser, wenn ihr Futter zu mehr als 60 % aus Kaktus besteht.

Da der Kaktus jedoch kaum Ballaststoffe enthält, sollte er mit Trockenfutter kombiniert werden, um eine ausgewogene Ernährung sicherzustellen. Für Viehhalter*innen in Trockengebieten – unabhängig davon, ob sie Geflügel, Ziegen und Schafe oder größere Tiere wie Rinder halten – kann

der Einsatz von Kaktus als Futtermittel den Wasserbedarf der Tiere deutlich senken und die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe verbessern.

GERÄTE GEMEINSAM NUTZEN

Auf welche Weise Kakteen zu Futter verarbeitet werden, hängt von den vorhandenen Ressourcen ab. Häufig zerkleinern Bauern und Bäuerinnen die Kaktusglieder (Pads) mit Macheten, doch Futterhäcksler, die die Glieder in kleine Stücke zermahlen, sind effizienter. Landwirt*innen mit geringem Einkommen können solche Geräte gemeinschaftlich nutzen. Angesichts der hohen Sonneneinstrahlung in diesen Regionen bieten sich solarbetriebene Häcksler mit Batteriespeicher an.

Kakteen, darunter dornenlose, viehfreundliche Sorten, vermehren sich vegetativ, sodass sie aus einzelnen Trieben oder Gliedern gezüchtet werden können – ähnlich wie Bäume aus Stecklingen. Bei guter Pflege kann die Pflanze mehr als 20 Jahre lang Futter liefern, und jedes gepflanzte Glied kann innerhalb eines Jahres acht bis zehn neue hervorbringen. Wird Viehmist in den Kaktusanbau integriert, schließt sich der Nährstoffkreislauf, und die Bodenfruchtbarkeit verbessert sich.

Für Viehhalter*innen in Afrikas Trockengebieten kann der Anbau von Kaktus als Futterpflanze den Wasserverbrauch – gerade jetzt angesichts der Klimakrise – deutlich senken und die Widerstandsfähigkeit ihrer landwirtschaftlichen Betriebe stärken.



NYASHA J. KAVHIZA

ist Agrarwissenschaftler und Berater und lebt in Simbabwe.

[njkhavhiza@rocketmail.com](mailto:njkavhiza@rocketmail.com)

ENTREPRENEURSHIP

Wie Afrikas Jugend Klimalösungen gestaltet



*Junge Afrikaner*innen gehen die Klimakrise mit Kreativität und Zielstrebigkeit an. Überall auf dem Kontinent entwickeln sie Lösungen, die direkt auf die lokalen Bedürfnisse eingehen. Zugleich fordern sie mehr politische Mitgestaltung ein.*

VON LUNGELO NDHLOVU

In Botswana arbeitet der 24-jährige Freddie Rakwadi im Garten seiner Großmutter in der Hauptstadt Gaborone. Der junge Mann hat Fermavita entwickelt, einen Flüssigdünger aus fermentiertem Biokompost. Mit seinem Start-up BioCrude Innovations hat er den Dünger an Tomatenpflanzen getestet und gezeigt, dass er auch unter rauen Wetterbedingungen wirkt. Fermavita dient auch als Bodenverbesserer.

Rakwadi will eine günstigere Alternative zu importierten Düngemitteln bieten, die sich viele kleinbäuerliche Betrie-

be nicht mehr leisten können. „Ein kleines Feld kann mit nur 250 Millilitern gedüngt werden, verdünnt in 75 Litern Wasser“, erklärt Rakwadi. „Es ist erschwinglich und funktioniert – das ist das Wichtigste für die Gemeinden, die wir beliefern.“ Mit seinem lokalen Lösungsansatz geht Rakwadi mehrere Probleme gleichzeitig an, darunter Ernährungsunsicherheit, Bodendegradation und Klimawandel.

Rakwadis Geschichte veranschaulicht einen Wandel, der sich in ganz Afrika vollzieht: Junge Menschen versuchen zunehmend, den Klimawandel mit dem zu bekämpfen, was

vor Ort verfügbar ist. Auf dem Forum „Youth Entrepreneurship for the Future of Food and Agriculture“ (YEFFA), das im August in Gaborone in Botswana stattfand, betonte Rakwadi, wie wichtig es sei, dass Jugend, Regierungen und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Innovation und Unternehmertum zu unterstützen, sei der richtige Weg, um Volkswirtschaften zu stärken und systemische Probleme wie Politik, Finanzen und Marktzugang anzugehen, sagte er.

Die Jugendinitiative YEFFA zielt darauf ab, jungen Unternehmer*innen in ganz Afrika dabei zu helfen, Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem fördert sie Innovationen im Agrar- und Lebensmittelsektor. Sie ist Teil eines Fünfjahresprogramms, das von der panafrikanischen Organisation AGRA durchgeführt und mit 350 Millionen Dollar in mehreren afrikanischen Ländern finanziert wird. Das Programm zielt darauf ab, 1,5 Millionen Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen in der Agrar- und Lebensmittelbranche zu schaffen, indem es Innovationen fördert und den öffentlichen und privaten Sektor unterstützt.

Jeremiah Rogito, Experte für Bodengesundheit und Klima bei AGRA, sagt, dass es nun entscheidend sei, die Stimmen der Jugend im Vorfeld internationaler Foren wie dem UN-Klimagipfel (COP30) im November in Brasilien zu bündeln. „Wir sind nur noch fünf Jahre von der Frist der SDGs entfernt. Die Jugend muss mit einer Stimme sprechen, wenn sie zur COP30 geht. Jetzt ist unser Moment, gehört zu werden“, sagt er.

Gastgeber von YEFFA war Sustain267, eine zivilgesellschaftliche Organisation unter der Leitung der Klimagerechtigkeitsaktivistin Pato Kelesitse, die auch die Local Conference of Youth on Climate Change (LCOY) in Botswana organisiert. In diesem Jahr konzentrierten sich die Diskussionen bei LCOY Botswana auf die Entwicklung einer Jugendposition dazu, wie ein gerechter Wandel aussehen kann. Die Position soll im November auf der COP30 in Brasilien vorgestellt werden.

Die Initiativen zeigen, wie benachteiligte Jugendliche sich vernetzen und praktische Klimalösungen vorantreiben können. Sie zeigen aber auch die strukturellen Hindernisse auf, die viele Ideen daran hindern, sich durchzusetzen – begrenzte Finanzmittel, schwache politische Unterstützung und mangelnde Sichtbarkeit. Ob lokale Experimente wie das Start-up von Rakwadi zu einem Wandel in ganz Afrika beitragen werden, wird davon abhängen, ob Regierungen und Institutionen Afrikas junge Innovator*innen unterstützen – nicht nur mit Anerkennung, sondern auch mit nachhaltigen Investitionen.

**LUNGELO NDHLOVU**

ist freiberuflicher Journalist mit Sitz in Bulawayo, Simbabwe.

ndlovu.lungelo@gmail.com



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER

[linkedin.com/
company/d-c-development-
and-cooperation](https://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website dandc.eu hin.



ELITEN UND IHR POLITISCHER EINFLUSS

Regiert Geld die Welt?

Illustration von Dadi Prayoga
(siehe S. 4).

Die Macht der Milliarden

Die Vermögenskonzentration nimmt weltweit zu: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen etwa drei Viertel des Vermögens. Wie Superreichtum die Demokratie untergräbt – und weshalb kein Weg daran vorbeiführt, den politischen Einfluss einzugrenzen.

VON EVA-MARIA VERFÜRTH

Die Pirat*innen sind zurück – und sie haben die Reichen und Mächtigen im Visier: Die Totenkopfflagge aus der Animeserie „One Piece“, in der Pirat*innen gegen Ungerechtigkeit und Machtmissbrauch kämpfen, erlebt derzeit ein Revival. Von Nepal und Bangladesch bis Madagaskar, Marokko oder Peru weht sie über den Protesten insbesondere junger Menschen. Sie hat schon Regierungsstürze erlebt und war selbst bei Demonstrationen gegen die Politik von Donald Trump in den USA zu sehen.

So unterschiedlich die Bewegungen sind, sie eint die Wut auf korrupte Eliten und wachsende Ungleichheit. Und es ist kein Wunder, dass sich dieser Frust gerade jetzt Bahn bricht: Die weltweite Vermögenskonzentration hat riesige Ausmaße angenommen. Das Vermögen der Milliardär*innen hat sich seit 2015 weltweit mehr als verdoppelt, während Armut mittlerweile kaum noch sinkt.

DER STEIGENDE EINFLUSS DER SUPERREICHEN

Wer viel Geld besitzt, hat auch mehr Möglichkeiten, Einfluss auf Politik zu nehmen – und das nutzen Vermögende zunehmend, wie Oxfam Anfang des Jahres feststellte. Das kann im Sinne des Gemeinwohls erfolgen, etwa über Stiftungen, Spenden oder Investitionen. Zu oft aber geht es vorrangig darum, Vermögen zu sichern und zu mehren, oder die eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen.

In Ländern des Globalen Südens dominieren vielerorts Eliten, deren Einfluss auf den Ungerechtigkeiten der Kolonialzeit fußt. Sie halten Land oder Rohstoffquellen, kontrollieren politische Ämter, beeinflussen Justiz oder Medien. Andernorts beeinflussen Drogenbosse oder Konzerne die Politik. Wer sich private Sicherheit leisten kann, hat wenig Interesse an grundlegender sozialer Versorgung. Das Ergebnis: kaum Fortschritt für den Großteil der Bevölkerung – und wachsende Wut auf jene, die Fortschritt blockieren.

Auch in den USA ist die Fusion von Reichtum und Macht nicht mehr zu übersehen. Superreiche investierten Millio-

nen in Donald Trumps Wahlkampf, und er regiert in ihrem Sinne, schützt fossile Industrien und versucht Regulierung von Digitalunternehmen zu verhindern. Insbesondere die Tech-Milliardär*innen verfügen über enorme Macht: Ihre Plattformen bestimmen weltweit, welche Themen sichtbar werden – und damit, wie Menschen denken und handeln. Diese Allianz aus nationalistischer Politik und Tech-Eliten bedroht die gesamte regelbasierte Weltordnung.

Obwohl Europa weiterhin zu den Regionen mit der geringsten Ungleichheit zählt, wächst auch hier die Kluft und die Zahl der Superreichen steigt. Auch hier versuchen sie, durch Lobbyismus oder Medienmacht Einfluss zu nehmen, oder flüchten in Steueroasen. Innerhalb Europas ist Deutschland eines der Länder mit der höchsten Vermögenskonzentration.

EXTREME UNGLEICHHEIT GEFÄHRDET DEMOKRATIE

Wenn Reichtum zu viel politischen Einfluss bekommt, ist das schlecht für die Gesellschaft, für das Klima und für Entwicklung. Viele verantwortungsvolle Vermögende fordern daher selbst eine stärkere Besteuerung. Die G20 diskutierten 2024 eine globale Milliardärssteuer; Frankreich debattiert Abgaben auf Vermögen ab 100 Millionen Euro.

Klar ist: Extreme Ungleichheit zerstört Demokratie. Sie ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Wenn Korruption zum Erfolg führt und Geld sich Einfluss kauft, untergräbt das auch das Vertrauen in das politische System. Eine Politik, die Reiche hofiert, während Armut und Unsicherheit steigen, bereitet den Nährboden für populistische Kräfte – und nicht selten für Autoritarismus.



EVA-MARIA VERFÜRTH
ist Chefredakteurin von E+Z.
euz.editor@dandc.eu

UNGLEICHHEIT IN ZAHLEN

Arm und reich – so extrem sind Einkommen und Vermögen weltweit verteilt

*Knapp 4 Milliarden Menschen weltweit leben in Armut,
zugleich gibt es 1200 Milliardär*innen mehr als noch vor zehn
Jahren. Zahlen und Daten zur weltweiten Ungleichheit.*

VON E+Z/D+C

20,3 %

der globalen Einkommen fließen an das reichste Prozent der Weltbevölkerung. An die ärmere Hälfte gehen weniger als neun Prozent. (1)

Weltweit besitzen
Männer **105 Billionen
Dollar** mehr als Frauen. (5)

Mehr als ein Viertel

des Einkommens geht in manchen Ländern an ein Prozent der Bevölkerung, etwa in Peru, Angola und Bahrain. (1)

6675 Dollar

betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2024 in Subsahara-Afrika. Der weltweite Durchschnitt lag bei 21.852 Dollar. In Nordamerika waren es 65.829 Dollar. (3)

Mehr als 36 %

des globalen Privatvermögens gehört dem reichsten Prozent der Menschen. Der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung bleiben 2 Prozent. In der Region Russland und Zentralasien verfügt das reichste Prozent über mehr als 45 % des Vermögens. (2)

Mehr als 54 %

des Privatvermögens hält das reichste Prozent der Bevölkerung in Südafrika, einem der Länder mit der größten Vermögensungleichheit. (2)

Mehr als 1200

neue Milliardär*innen sind auf der Welt zwischen 2015 und 2025 entstanden. (4)

Mehr als 3,7 Milliarden

Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze von 8,30 Dollar pro Tag. (6)

Um mehr als 33,9 Billionen Dollar

hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung sein Vermögen zwischen 2015 und 2022 inflationsbereinigt vermehrt. Das ist mehr als das 22-Fache dessen, was jährlich nötig ist, um Armut global zu beseitigen, bezogen auf die Armutsgrenze von 8,30 Dollar pro Tag. (4)

REDAKTIONSTEAM VON E+Z

euz.editor@dandc.eu

Quellen:

1. World Inequality Database, pre-tax national income (PPP). Zahlen beziehen sich auf 2023. wid.world/data

2. World Inequality Database, net personal wealth (PPP). Zahlen beziehen sich auf 2023. wid.world/data

3. World Inequality Database, national income, total population (PPP). wid.world/data
Umrechnung von Euro zu Dollar gemäß durchschnittlichem Wechselkurs für 2024 (1 Euro = 1,0822 Dollar; exchange-rates.org).

4. Oxfam, 2025: From private profit to public power. Financing development, not oligarchy.
www.oxfam.org/en/research/private-profit-public-power-financing-development-not-oligarchy

5. Oxfam, 2024: Inequality Inc. How corporate power divides our world and the need for a new era of public action. www.oxfam.org/en/research/inequality-inc

6. Weltbank 2025: Poverty & Inequality Platform. Abgerufen am 23. Oktober 2025. pip.worldbank.org



Ein Wahlplakat aus Kamerun aus dem Jahr 2018. In diesem Jahr kandidiert der 92-jährige Präsident Biya, der älteste Staatsoberhaupt der Welt, zum achten Mal für das Amt.

GOVERNANCE

Alte, machtgierige Männer halten Afrika im Würgegriff

In vielen afrikanischen Ländern regierten dieselben Staatsoberhäupter nach der Unabhängigkeit von den Kolonialmächten jahrzehntelang – oder tun dies weiterhin. Kamerun hält den Rekord mit einem Präsidenten, der seit einem halben Jahrhundert an der Macht ist. Diese nationalen Elitefiguren spielten oft eine zentrale Rolle im Kampf um die Unabhängigkeit – und füllten das Machtvakuum, das nach dem Rückzug der Kolonialmächte entstand, mit denselben autokratischen Strukturen, die sie gerade erst abgeschafft hatten. Das hartnäckige Festhalten dieser Eliten an der Macht, oft begünstigt durch Korruption, behindert bis heute echte demokratische Fortschritte auf dem Kontinent.

Anfang Juli kündigte Paul Biya, der 92-jährige Präsident Kameruns, seine Kandidatur für eine achte Amtszeit bei den Wahlen im Oktober an. Biya ist seit 1982 und damit seit 43 Jahren im Amt. Zuvor war er sieben Jahre lang Premierminister (1975 bis 1982), insgesamt ist er also seit 50 Jahren an der Macht. Er ist gesundheitlich angeschlagen und wusste vor Kurzem bei einem US-Afrika-Gipfel nicht, wo er sich befand, als er auf die Bühne geführt wurde, um eine Erklärung abzugeben.

Die Realität ist: Mit 92 Jahren ist Biya nicht mehr in der Lage, ein Land zu regieren, auch wenn er und seine Anhänger*innen das Gegenteil behaupten. Er betont, seine Entscheidung zur Wiederwahl sei durch den Willen des kamerunischen Volkes und durch seine eigene Entschlossenheit motiviert, die drängenden Probleme des Landes anzugehen.

Ende Juli kündigte mit Alassane Ouattara, dem 83-jährigen Präsidenten der Elfenbeinküste, ein weiterer afrikanischer Staatschef an, ebenfalls im Oktober für eine vierte Amtszeit zu kandidieren. Ouattara, der bereits 2016 die Verfassung änderte, um Amtszeitbegrenzungen aufzuheben, ist seit 2010 Präsident. Wie Biya war auch er zuvor Premierminister seines Landes (1990 bis 1993). Und wie Biya behauptet auch Ouattara, seine Entscheidung zur Wiederwahl sei eine Reaktion auf die Forderungen des Volkes.

„Sie brandmarkten genau jene Konzepte, für die sie im Kolonialismus gekämpft hatten, als subversive Instrumente eines neokolonialen Imperialismus.“

Biya und Ouattara sind zwei von vielen Präsidenten, die seit den 1960er-Jahren, dem Jahrzehnt der afrikanischen Unabhängigkeit, an der Macht sind. Andere Beispiele für amtierende afrikanische Präsidenten, die seit Langem regieren und keinen Rücktritt planen, sind Teodoro Obiang Nguema Mbasogo in Äquatorialguinea (seit 1979), Denis Sassou Nguesso in der Republik Kongo (seit 1979, mit kurzer Unterbrechung 1992 bis 1997), Yoweri Museveni in Uganda (seit 1986), Isayas Afewerki in Eritrea (seit 1993), Paul Kagame in Ruanda (de facto seit 1994) und Ismaïl Omar Guelleh in Dschibuti (seit 1999). Die sechs am längsten amtierenden Präsidenten Afrikas haben zusammen 211 Jahre regiert.

Sie treten in die Fußstapfen anderer langjähriger Staatshäupter, darunter Muammar al-Gaddafi in Libyen (42 Jahre), Omar Bongo in Gabun (41 Jahre), Gnassingbé Eyadéma in Togo (38 Jahre), José Eduardo dos Santos in Angola (38 Jahre), Robert Mugabe in Simbabwe (37 Jahre) und Dawda Jawara in Gambia (30 Jahre). Viele andere Staatshäupter Afrikas waren 10 bis 20 Jahre an der Macht, bevor sie starben, gestürzt oder abgewählt wurden.

RASSISTISCHER EUROPÄISCHER EXZEPTIONALISMUS?

Die Tendenz afrikanischer Regierungschef*innen, an der Macht zu kleben, hat tiefe Wurzeln. Während des Unabhängigkeitskampfes erklärten europäische Kolonialist*innen afrikanischen Nationalist*innen oft, ihre Völker seien nicht fähig, sich selbst zu regieren. Manche Kolonialbeamte*innen argumentierten, westliche Regierungsformen, die gerade erst in den afrikanischen Kolonien eingeführt worden seien und noch keine stabilen Institutionen hätten, seien für unabhängige afrikanische Staaten ungeeignet.

Afrikanische Nationalist*innen, von denen die meisten bald zu führenden Politiker*innen der neu unabhängigen afrikanischen Länder wurden, verurteilten solche Haltungen als rassistischen europäischen Exzeptionismus, der jeder realen Grundlage entbehrte und darauf abzielte, den afrikanischen Völkern ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern, wie es in der Atlantik-Charta (1941) und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) verankert war. Unter Berufung auf diese internationalen Garantien forderten die Nationalist*innen die Selbstbestimmung ihrer Länder – und setzten sie letztlich durch.

Doch einmal an der Macht, bestätigten einige ehemalige Unabhängigkeitskämpfer*innen als Oberhäupter der neu unabhängigen Staaten die Kolonialist*innen auf paradoxe Weise: Sie schufen eine Art afrikanischen Sonderweg und erklärten, westliche Demokratie- und Menschenrechtsvorstellungen seien Afrika fremd.

Anstatt den politischen Raum zu öffnen und Debatten über den besten Weg für ihre neu unabhängigen Länder zu ermöglichen, unterdrückten die neuen Staatshäupter die Opposition, inhaftierten, töteten und verbannten ihre Gegner*innen, machten die freie Presse mundtot, die ihnen einst zum Aufstieg verholfen hatte, und ignorierten die Bedürfnisse der Bevölkerung, die sie gewählt hatte. Mit hohlen, pseudoideologischen Begriffen wie „Afrikanität“ und „Authentizität“ rechtfertigten sie ihre plötzliche Verachtung von Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und politischer Rechenschaftspflicht. Mit anderen Worten: Sie brandmarkten genau jene Konzepte, für die sie im Kolonialismus gekämpft hatten, als subversive Instrumente eines neokolonialen Imperialismus.

Vorstellungen vom göttlichen Recht der König*innen und der heiligen Pflicht der Untertan*innen, ihren Herrscher*innen zu gehorchen, bestanden schon vor der Kolonialzeit und überdauerten diese historisch betrachtet kurze Periode. Die neuen afrikanischen Oberhäupter hätten diese vorkolonialen Regierungsformen ändern müssen, um sie an die mit der Unabhängigkeit eingeführten neuen Nationalstaatssysteme anzupassen, in denen die Macht beim Volk liegt. Ein solcher Übergang hätte eine politisch aufgeklärte Bürgerschaft hervorgebracht, die ihre führenden Politiker*innen zur Rechenschaft ziehen kann. Leider haben sich zivile Kulturen in vielen Fällen nie gewandelt. Das erklärt, warum notorisch korrupte und repressive afrikanische Politiker*innen weiterhin Wahlen gewinnen und an der Macht bleiben können, während nur ein kleiner Teil der Bevölkerung öffentlich gegen sie protestiert.

Gestützt auf den blinden Rückhalt vieler Menschen erklärten sich einige der prominentesten ehemaligen Freiheitskämpfer Afrikas bald zu Präsidenten auf Lebenszeit und führten Einparteiensstaaten ein. Sie unterdrückten schlicht abweichende Meinungen und klammerten sich an die Macht, solange sie lebten. Dies war etwa der Fall bei Kwame Nkrumah in Ghana, Ahmed Sékou Touré in Guinea, Hastings Kamuzu Banda in Malawi, Gnassingbé Eyadéma in Togo und Omar Bongo in Gabun. Heute werden Einparteiensstaaten und lebenslange Präsidentschaften selten offen deklariert. Sie sind durch regelmäßige Scheinwahlen zur Normalität geworden, bei denen die Menschen angeblich von Gott auserwählte Führer*innen wählen sollen, die von einer korrupten, transaktionalen Patronage- und Unterdrückungspolitik gestützt werden.

STELLVERTRETER-SCHAUPLÄTZE IM KALTEN KRIEG

Afrikas postkoloniale Führungskrise wurde dadurch verschärft, dass der Kontinent seine Unabhängigkeit auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges erlangte. Inmitten des globalen ideologischen Konflikts wurden die neu unabhängigen Staaten Afrikas zu metaphorischen Schauplätzen eines Stellvertreterkriegs im erbitterten Wettstreit zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Zwar schlossen sich einige Länder nach der Bandung-Konferenz 1955 mit asiatischen Staaten zur Blockfreien Bewegung zusammen, doch echte Neutralität war angesichts der aggressiven Dominanzpolitik der Ost- und Westmächte kaum möglich.

Die Situation bedrohte Afrikas Zukunft. Autokratische und korrupte Staatsoberhäupter erhielten bedingungslose Unterstützung oder wurden zumindest so lange gestützt, wie sie sich zu einer Ideologie bekannten. Gleichzeitig wurden subversive Aktivitäten wie Militärputsche, Sezessionen und politische Attentate bisweilen von Moskau oder Washing-

ton und deren Verbündeten angestachelt oder sogar finanziert. Die Folge war eine Welle von Putschen, Bürgerkriegen und politischen Morden, die den Kontinent noch lange nach Ende des Kalten Krieges heimsuchte.

„Afrikas postkoloniale Führungskrise wurde dadurch verschärft, dass der Kontinent seine Unabhängigkeit auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges erlangte.“

Gleichzeitig sicherten die neuen Staatschefs ihre Macht, indem sie auf die bedingungslose Unterstützung ihrer NATO- und Sowjetverbündeten bauten und auf die finanziellen Anreize der Bretton-Woods-Institutionen – IWF und Weltbank – schielten. Ohne viel über die langfristigen Folgen unnötiger und unbegrenzter Verschuldung nachzudenken, gerieten die neuen afrikanischen Staaten bald in eine Schuldenfalle, aus der sie so schnell nicht mehr herauskommen dürften.

Viele der heutigen afrikanischen Staatschef*innen, die sich durch Korruption bereichern und auf die Stiefel und Waffen ihres Militärs angewiesen sind, führen weiterhin Krieg gegen Andersdenkende und vernachlässigen, was für nachhaltige Entwicklung notwendig wäre. Sie sehen nach wie vor keine Notwendigkeit, die vorkoloniale Zivilkultur in eine aktive, partizipative Zivilgesellschaft zu transformieren, die den nationalstaatlichen Systemen entspricht, die nach der Unabhängigkeit eingeführt wurden. Stattdessen behalten sie deren Strukturen bei, ignorieren aber die Essenz des Nationalstaats – eine Anomalie, die es ihnen erlaubt, ihre Macht zu missbrauchen und die Bevölkerung ungestraft zu unterdrücken.



BABA G. JALLOW

war der erste Roger D. Fisher Fellow für Verhandlungsführung und Konfliktlösung an der juristischen Fakultät der Harvard University (2023–2024) und ehemaliger Exekutivsekretär der gambischen Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission (TRRC).

gallehb@gmail.com



MEINUNG

Nepal kann sich zum Besseren wandeln

Weit verbreitete Korruption und die enorme Kluft zwischen dem Lebensstil der Eliten und dem der übrigen Bevölkerung in Nepal haben die landesweiten Proteste der Generation Z mit ausgelöst. Nach der brutalen Gewalt muss das Land zu sich selbst zurückfinden.

VON RUKAMANEE MAHARJAN

Im September kam es in Nepal zu Protesten und Demonstrationen der Gen Z in nie dagewesenem Ausmaß. Zu den Mitgliedern der Generation Z (Gen Z) zählen circa zwischen 1997 und 2012 Geborene; sie sind generell digital-affin. Internen Berichten des Innenministeriums vom Oktober zufolge kamen bei den Protesten mindestens 76 Menschen ums Leben, viele weitere wurden verletzt. Der Schaden wird auf unfassbare 3 Billionen nepalesische Rupien (21 Milliarden Dollar) geschätzt, was etwa der Hälfte des BIP des Landes entspricht. Öffentliche Infrastruktur und pri-

vate Gebäude wurden schwer beschädigt. Besonders betroffen ist die Tourismusbranche. Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich bereits negative Auswirkungen.

Die Proteste haben auch Nepals politische Landschaft verändert. Das Bundesparlament wurde aufgelöst, eine Übergangsregierung unter Führung von Sushila Karki, der ehemaligen Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, hat das Amt übernommen. Die Wahlen für ein neues Parlament sind für den 5. März 2026 angesetzt.



Das Parlamentsgebäude in Nepals Hauptstadt Kathmandu wurde während der Proteste im September in Brand gesetzt.

Viele hoffen, dass die Bewegung der Gen Z den seit 2015 dauernden Kreislauf politischer Instabilität beendet. Seit dieser Zeit wechselte die Macht wiederholt zwischen drei Politikern hin und her: Khadga Prasad Sharma Oli (Kommunistische Partei Nepals – Vereinigte Marxisten-Leninisten), Pushpa Kamal Dahal (Kommunistische Partei Nepals – Maoistisches Zentrum) und Sher Bahadur Deuba (Nepalesischer Kongress). Die Hoffnung ist, dass die Ereignisse einen Generationswechsel in der politischen Führung herbeiführen und eine Demokratie bringen, die den Menschen dienlicher ist.

Zwar scheinen die Proteste die korrupte politische Kultur beendet zu haben, aber es gibt Bedenken, dass der Wandel zu plötzlich gekommen ist. Nepal sollte im November 2026 aus der Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDC) der Vereinten Nationen ausscheiden. Das scheint angesichts der aktuellen Umwälzungen unwahrscheinlich. Was das für die Arbeitsmigration und Auslandsbeschäftigung bedeutet, ist noch nicht abzusehen – beide sind wichtig für Nepals Wirtschaft.

Derweil fordern Teile der Gen Z eine neue Übergangsverfassung und eine direkt gewählte Exekutive noch vor den Wahlen im März 2026. Dafür bräuchte es eine grundlegende Änderung des Regierungssystems – wozu die derzeitige Übergangsregierung jedoch nicht befugt ist. Es ist daher wahrscheinlich, dass es zu weiteren Protesten kommt und dass die Verunsicherung bleibt.

ZERSTÖRUNG UND CHANCEN

Die Gen-Z-Bewegung in Nepal ist derzeit definitiv ein zweischneidiges Schwert: Sie hat Zerstörung mit sich gebracht, aber auch Chancen für Entwicklung. Motiviert von digitalem Aktivismus und dem Wunsch nach sozialem Wandel kam sie Anfang September ins Rollen, als die Regierung Social-Media-Plattformen verbieten wollte. Das fiel zeitlich zusammen mit einer Empörungswelle im Netz über den extravaganten Lebensstil politisch vernetzter Eliten und ihrer

„Beim Wiederaufbau des Landes geht es daher um weit mehr als um Infrastruktur und Gebäude: Es gilt, das kollektive Vertrauen und Gedächtnis wiederherzustellen sowie das Gefühl einer gemeinsamen Identität als stolze und friedliche Nepales*innen.“

Kinder. Hashtags wie #nepokids und #nepobaby (abgeleitet vom Wort Nepotismus) trendeten auf Online-Plattformen wie TikTok und Reddit und sorgten für Frust über Korruption, Ungleichheit und schlechte Regierungsführung.

Am 8. September 2025 organisierten junge Menschen – die meisten davon Studierende – über Plattformen wie Reddit und Discord Anti-Korruptionsproteste in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu und in anderen Großstädten. Die Proteste waren dezentral organisiert und ohne klare Führung.

Die zunächst friedlichen Demonstrationen eskalierten schnell. Die Bereitschaftspolizei versuchte, die Demonstrierenden mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen zu vertreiben, brachte die Proteste aber nicht unter Kontrolle. Als in Kathmandu Demonstrierende versuchten, in das Bundesparlamentsgebäude einzudringen,

ging die für die Gebäudesicherheit zuständige Spezialeinheit gewaltsam gegen sie vor und setzte dabei unverhältnismäßig viel Gewalt und scharfe Munition ein. Innerhalb weniger Stunden starben 17 junge Menschen, mehr als 300 wurden verletzt. Viele verfolgten die Tragödie live auf TikTok und anderen Social-Media-Plattformen. Klinikberichten zufolge wurden an diesem Tag landesweit mindestens 19 Demonstrierende getötet.

Trotz einer von der Regierung verhängten Ausgangssperre gingen tags darauf tausende Menschen auf die Straße und wandten sich gegen die Brutalität der Polizei und die Gleichgültigkeit der Regierung. Die Lage eskalierte dramatisch. Im ganzen Land verwüsteten Demonstrierende Regierungs- und öffentliche Gebäude wie das Bundesparlamentsgebäude und den Obersten Gerichtshof und setzten sie in Brand. Auch Privathäuser von Spitzenpolitiker*innen sowie Einkaufszentren wurden attackiert. Der Premierminister trat zurück, und die Armee wurde eingesetzt, um die Ordnung wiederherzustellen. Viele fürchteten einen Militärputsch, doch die Armee verzichtete auf eine Machtübernahme – ein beruhigendes Signal.

VERTRAUENSVERLUST

Während das Land langsam zur Normalität zurückkehrt, versuchen viele zu verstehen, was während dieser ereignisreichen 48 Stunden Anfang September geschehen ist. Das war mehr als politische Unruhe, Vandalismus und Gewalt, mehr als ein Regierungskollaps: Es war auch ein Zusammenbruch der kollektiven Geschichte und des geteilten Identitätsgefühls als nepalesische Staatsbürger*innen.

Beim Wiederaufbau des Landes geht es daher um weit mehr als um Infrastruktur und Gebäude: Es gilt, das kollektive Vertrauen und Gedächtnis wiederherzustellen sowie das Gefühl einer gemeinsamen Identität als stolze und friedliche Nepales*innen. Die Lage vor Ort ist sehr fragil, aber es gibt Hoffnung, dass ein Wandel in Nepal möglich ist. Allerdings müssen Regierung und nepalesische Bevölkerung dafür sorgen, dass die soziale Kluft nicht größer wird.



RUKAMANEE MAHARJAN

ist Jurazözentin an der Tribhuvan-Universität in Kathmandu.

rukamanee.maharjan@nrc.tu.edu.np

Abonnieren Sie den E+Z- Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die deutsche Version oder die englische.



SOZIALER SEKTOR

Pakistans soziale Kluft

Pakistans herrschende Elite genießt enorme Privilegien: Sie schickt ihre Kinder auf Privatschulen und lässt sich in Privatkliniken behandeln. Ihr fehlt der Bezug zu den Problemen, die den Großteil der Bevölkerung plagen; daher investiert sie nicht in die soziale Sicherheit der Massen, sondern in Dienstleistungen für die Reichen.

VON ABDUR REHMAN CHEEMA



Foto: picture alliance/Middle East Images/Raja Imran

Ein Mural an einer Wand der Punjab University in Lahore, Pakistan, versinnbildlicht die Bürde der Armen, die den Lebensstil der Elite schultern.

„Politisch Verantwortliche, Beamte, Richter*innen am Obersten Gericht, Geschäftsleute und Militärs schotten sich über Parallelsysteme vom maroden öffentlichen Sektor ab.“

Als der Kaschmir-Konflikt zwischen Pakistan und Indien im vergangenen Frühjahr wieder aufflammte, blickte die Welt besorgt auf die Grenzregion zwischen den beiden Atommächten. Beide Seiten setzten moderne Kampfflugzeuge und Drohnen ein, ehe sie sich auf einen von den USA vermittelten Waffenstillstand einigten. Für viele Menschen in Pakistan Grund genug, das Militär zu feiern, das die Landesgrenzen so gut verteidigen konnte.

Während das Militär nach außen und innen Stärke zeigen will, sind die sozialen Indikatoren des Landes weiterhin alarmierend schwach. Etwa 26 Millionen Kinder, mehr als jedes dritte, gehen nicht zur Schule, wie die zivilgesellschaftliche Organisation Save the Children berichtet. Der Human Capital Index (HCI) der Weltbank misst, wie gut Länder ihre Kinder durch Bildung und gesundheitliche Versorgung darauf vorbereiten, später zur Produktivität des Landes beizutragen. Pakistans HCI-Wert von 0,41 liegt unter dem Durchschnitt Südasiens von 0,48 und entspricht den Werten in Subsahara-Afrika (Regionaldurchschnitt 0,40). Dennoch gibt Pakistan weniger als ein Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung aus und liegt damit weit unter dem Richtwert von vier bis sechs Prozent, den der UN-Aktionsrahmen „Bildung 2030“ empfiehlt.

Auch die öffentlichen Gesundheitsausgaben Pakistans reichen bei Weitem nicht aus; sie liegen weiterhin unter einem Prozent des BIP. Die Menschen müssen einen großen Teil der Kosten aus eigener Tasche bezahlen – ein Indikator dafür, dass das Gesundheitssystem ungerecht und nicht nachhaltig finanziert ist. Gleichzeitig haben laut der humanitären Organisation Human Concern International nur 39 % der Bevölkerung Zugang zu sauberem Wasser und nur 68 % zu grundlegenden sanitären Einrichtungen. Die Liste ließe sich fortsetzen, und die Anfälligkeit Pakistans für klimabedingte Katastrophen verschärft die Situation noch.

Die enorme Diskrepanz zwischen Pakistans militärischer Stärke und den miserablen Indikatoren für menschliche Entwicklung wirft die Frage auf: Weshalb schafft es ein Land mit derart fortschrittlichen Verteidigungssystemen nicht, seiner Bevölkerung angemessene Grundbildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit zu bieten?

GATED COMMUNITIES UND PRIVATSCHULEN

Dieses Paradoxon wurzelt in einer tiefen Kluft zwischen Elite und Bevölkerung. Politisch Verantwortliche, Beamte, Richter*innen am Obersten Gericht, Geschäftsleute und Militärs schotten sich über Parallelsysteme vom maroden öffentlichen Sektor ab. Sie leben in Gated Communities und beschäftigen Sicherheitsdienste. Ihre Kinder besuchen Eliteeinrichtungen wie Militär- oder Privatschulen. Im Krankheitsfall werden sie in Militär- oder Privatkliniken behandelt. Viele haben die doppelte Staatsbürgerschaft oder einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in einem Industrieland.

Diese Parallelsysteme schützen die Elite vor den Unzulänglichkeiten des öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesens. Also hat diese Elite – da sie selbst nicht auf öffentliche Systeme angewiesen ist – oft keinen Anlass, diese zu verbessern.

Anders sieht es mit den Verteidigungsausgaben aus. An denen gibt es nichts zu rütteln, denn es gibt keinen privaten Markt für nationale Sicherheit. Wenn der Staat seine Grenzen nicht verteidigt, verliert die Elite genauso wie alle anderen ihre Privilegien. Deshalb sind Verteidigungsbudgets unantastbar – während Sozialausgaben trotz hochtrabender politischer Rhetorik gekürzt werden.

Ähnlich steht es um die physische Infrastruktur wie Autobahnen sowie Über- und Unterführungen. Dafür gibt es unverhältnismäßig viel Geld, denn sie erleichtert der Elite ihren urbanen, autoabhängigen Lebensstil. Derweil vernachlässigen ländliche Schulen, Trinkwassersysteme und Einrichtungen zur medizinischen Grundversorgung.

GROSSE VERSPRECHEN, SCHWACHE UMSETZUNG

An hehren Erklärungen fehlt es in Pakistan nicht, etwa zu Notfallmaßnahmen im Bildungsbereich, Sozialschutzplänen und Zusagen zu einer allgemeinen Gesundheitsversorgung. Nennenswert mehr Geld gibt es aber selten. Jahr für Jahr fehlen in sozialen Sicherungsprogrammen Mittel für Bildung und Gesundheit, sodass Millionen von Kindern weiterhin Ausbeutung, Unterernährung und Gewalt ausgesetzt sind. Stattdessen werden oft „sichtbarere“ Projekte finanziert, die unmittelbaren politischen Nutzen bringen, statt langfristig Humankapital zu fördern.

„Wenn Pakistan wirklich groß werden will, sollte es nicht nur in Kampfflugzeuge investieren, sondern auch in die Zukunft seiner Kinder.“

Echte nationale Sicherheit lässt sich aber nicht nur an Raketen und Kampfflugzeugen messen. Die wahre Stärke einer Nation liegt in der Gesundheit, Bildung und wirtschaftlichen Resilienz ihrer Bevölkerung. Länder wie Südkorea und Singapur, einst vom Krieg zerrissen und arm, haben die menschliche Entwicklung zur Priorität gemacht und ihr Schicksal gewendet. Das sollte auch Pakistan tun und dabei drei Punkte berücksichtigen:

1. Wirtschaftliche Sicherheit hängt vom Humankapital ab: Keine Nation kann nachhaltig wachsen, ohne qualifizierte, gesunde Arbeitskräfte. Heutige Investitionen in Bildung und Gesundheitsversorgung zahlen sich in einem Jahrzehnt wirtschaftlich aus.
2. Eine sichere Lebensmittel- und Wasserversorgung ist zentral für Stabilität: Unterernährung und Wasserknappheit verschärfen Armut und Konflikte. Der Klimawandel verschlimmert das Problem.
3. Soziale Sicherung schützt vor Schocks: Robuste Sicherheitsnetze verhindern, dass Familien in Krisenzeiten verarmen.

Die Lösungen sind evidenzbasiert und bestens bekannt:

- Erhöhung der Bildungs- und Gesundheitsbudgets auf mindestens vier beziehungsweise drei Prozent des BIP.
- Priorisierung der medizinischen Grundversorgung und der Bildung von Mädchen, die zu den Investitionen mit der höchsten Rendite gehören.
- Stärkung der sozialen Sicherung durch einheitliche, angemessen finanzierte Programme.
- Gerechte Verteilung der Ausgaben, um die Kluft zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Provinzen zu überbrücken.

All dies geschieht jedoch erst, wenn Pakistans Elite erkennt, dass sie bei so viel Not im Land ihre Privilegien nicht dauerhaft behalten wird. Die Marginalisierten – Kinder, die keine Schule besuchen, Mütter, die bei der Geburt sterben, Familien, die verschmutztes Wasser trinken – haben keine starke Lobby. Ihre Stimmen fehlen in den Haushaltsdebatten. Dort hat die politische Elite für das aktuelle Budget (2025–2026) eine 500-prozentige Erhöhung ihrer Gehälter durchgesetzt – für den Sprecher der Nationalversammlung und den Senatspräsidenten –, anstatt öffentliche Gelder vorrangig für die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung einzusetzen.

Pakistan steht an einem kritischen Punkt. Es kann weitermachen wie bisher, sodass Verteidigung und elitäre Infrastrukturen Ressourcen verschlingen, während soziale Bereiche zerfallen. Oder es kann Sicherheit neu definieren und darunter auch Menschenwürde, Chancen und Gerechtigkeit verstehen.

Die Wahl ist klar: Eine Nation, die ihre Bevölkerung vernachlässigt, schwächt ihr Fundament. Wenn Pakistan wirklich groß werden will, sollte es nicht nur in Kampfflugzeuge investieren, sondern auch in die Zukunft seiner Kinder.



ABDUR REHMAN CHEEMA

ist Experte für Wirtschafts- und Sozialpolitik und lebt in Pakistan. Der Autor schreibt hier als Privatperson und äußert seine eigene Meinung.

arehmancheema@gmail.com

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Zug der Zerstörung

Reiche Geschäftsleute und kriminelle Organisationen üben einen wachsenden Einfluss auf die Politik in Lateinamerika aus. Auch bei Megaprojekten verschränken sich politische, wirtschaftliche und kriminelle Interessen. Ein Beispiel ist Mexikos neuer „Maya-Zug“.

VON SONJA PETERANDERL

Im Regenwald des mexikanischen Bundesstaates Quintana Roo watet der Umweltschützer Elias Siebenborn durch eine Unterwasserhöhle und lässt seine Taschenlampe durch das Dunkel gleiten. Im Lichtkegel erscheinen bizarre Gebilde aus Tropfsteinen, die sich in kristallklarem Wasser spiegeln – und Stahlpfeiler, die mitten durch dieses seit zehntausenden von Jahren gewachsene Kunstwerk der Natur gerammt wurden. Die mit Beton ausgegossenen Pfeiler sollen die Strecke des „Tren Maya“ („Maya-Zug“) stabilisieren, die direkt über der kilometerlangen Tropfsteinhöhle verläuft.

„Während des Zugbaus
weiteten Mexikos große
Kartelle und deren Ableger
ihren Einfluss auf Orte
entlang der Zugstrecke aus.“

Aus Rissen in den Pfeilern sickert Beton ins Wasser. Vor ein paar Monaten beobachtete Siebenborn, wie Maschinenöl das Gewässer verdickte und grün färbte – ein irreversibler Eingriff in das fragile Ökosystem. „Die Regierung hat einfach alles durchgeboxt, vieles davon war illegal“, sagt Siebenborn, der in der Küstenstadt Playa del Carmen lebt und die durch den Zug verursachten Schäden mit Smartphone, Drohne und GPS-Gerät dokumentiert. „Wie lange der Zug sicher ist, weiß keiner“, glaubt er.

Der neue Zug, an dem auch die Deutsche-Bahn-Tochterfirma DB Engineering & Consulting beteiligt war, verbindet mehrere

Bundesstaaten im Südosten Mexikos, Strände, Orte im Regenwald und Maya-Stätten miteinander. Das in Windeseile und gegen jede wissenschaftliche Kritik durchgesetzte Prestigeprojekt des Ex-Präsidenten Andrés Manuel López Obrador sollte Arbeitsplätze und Tourist*innen bringen. Mehr als 10 Millionen Bäume mussten dem Zug weichen; viele Abschnitte wurden hastig gebaut und teils auch illegal, ohne angemessene Prüfungen wie umfangreiche gesetzlich vorgeschriebene Umweltstudien. Mehr als 120 unterirdische Tropfsteinhöhlen brachen ein oder wurden zugeschüttet.

Kürzlich traf Siebenborn auf Affen, die den vorbeifahrenden Zug anbrüllten. Sie bewegen sich über Baumwipfel hinweg, doch Übergänge für sie wurden nicht mitbedacht. Auch Tiere wie Tapire oder Jaguare müssen kilometerweit laufen, um Wasserstellen zu finden. Immer wieder irren Tiere auf der eingezäunten Bahntrasse umher oder werden auf die Straße abgedrängt und überfahren. Entlang der Zugstrecke fressen sich in rasantem Tempo weitere Hotels, Luxuswohnviertel und Industriekomplexe in den Regenwald – weitgehend unreguliert.

Natur und Bevölkerung zahlen für das Megaprojekt einen hohen Preis. Für andere dagegen sind Bau und Betrieb des Zuges sowie Kauf und Entwicklung von Grundstücken rund um die Bahntrasse eine Goldgrube. Zu ihnen zählen lokale und internationale Unternehmen, Politiker*innen und Mexikos Militär, das das Zugprojekt mittlerweile verwalten und weitere umstrittene Projekte wie Hotels im Regenwald errichten. Auch Mexikos kriminelle Organisationen profitieren. Wie bei vielen Megaprojekten in Lateinamerika verschränken sich politische, wirtschaftliche und kriminelle Interessen; Grenzen zwischen legalen und illegalen Aktivitäten verschwimmen.

Der „Maya-Zug“ kommt
an einem Bahnhof in
Campeche, Mexiko, an.



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Martin Zetina

UNZUREICHENDE UMWELTPRÜFUNGEN

Bei Playa del Carmen sollte die Zugstrecke ursprünglich erhöht verlaufen, entlang einer Straße. Doch nach Widerstand von Unternehmer*innen wie Hoteliers, die um den Wert ihrer Grundstücke fürchteten, wurde die Trasse tief in den empfindlichen Regenwald verlegt – überstürzt und ohne angemessene Studien möglicher Risiken und Umweltschäden.

Ex-Präsident López Obrador hatte Daniel Chávez Morán, einen prominenten lokalen Unternehmer, zum „Ehrenaufsichtsrat“ des Bauprojekts ernannt. Die beiden sind befreundet, Chávez Moráns Söhne unterhalten auch mit López Obradors Söhnen Geschäftsbeziehungen, wie der Anti-Korruptions-Thinktank Mexicanos Contra la Corrupción y la Impunidad berichtet. Der Unternehmer schloss zwar Interessenkonflikte aus, da er weder in den Zug investieren noch für seine Beratertätigkeit Geld verlangen würde – doch er besitzt ein Luxushotel, das an der ursprünglichen Strecke liegt.

Dem mexikanischen Wasserexperten Guillermo D’Christy zufolge wurde der Umweltverträglichkeitsbericht für die neue Strecke drei Monate verspätet vorgelegt – „nur eine Kopie des alten Berichts“. Die rund 15.000 Beton- und Stahlpfähle, die zur Stabilisierung in den von Unterwasserhöhlen durchzogenen Untergrund gedrillt wurden und

das zweitwichtigste Grundwasserreservoir Mexikos zerlöchern und verschmutzen, seien in der Analyse nicht einmal erwähnt worden.

Auch der Unternehmer Amílcar Olán erhielt Regierungsaufträge und war Hauptlieferant von Schotter. Er ist mit einem der Söhne des Ex-Präsidenten befreundet. Von der Plattform LatinUS veröffentlichte Audiodateien enthüllten, dass er minderwertiges Material für die Zugstrecke lieferte, ohne Qualitätsprüfung. Vor Kurzem entgleiste der Zug auf einem Abschnitt, der mit seinem Material ausgestattet worden war.

EINFLUSS VON DROGENKARTELEN WÄCHST

Die Gruppe „La Barredora“, die dem mexikanischen Drogenkartell „Cártel de Jalisco Nueva Generación (CJNG)“ zugeordnet wird, plante geleakten mexikanischen Geheimdienstberichten zufolge, wöchentlich 180.000 Liter gestohlenen Kraftstoff für die Bauarbeiten des Zuges zu liefern. Eine Schlüsselfigur von „La Barredora“: der im September dieses Jahres festgenommene Ex-Sekretär für öffentliche Sicherheit des Bundesstaates Tabasco, Hernán Bermúdez Requena. Dessen Neffe beaufsichtigte Arbeiten an zwei Abschnitten des Zuges. Bermúdez Requena soll schon während seiner Amtszeit als Polizeichef kriminelle Operationen unterstützt und koordiniert haben, in Mord, Verschleppungen und Korruption verwickelt gewesen sein.



In den vergangenen Jahren haben Mexikos Kartelle viel in den boomenden Tourismussektor investiert. Mehr als 1800 Tourismusunternehmen wie Hotels, Restaurants oder Immobilienfirmen, die mit Organisationen wie dem Sinaloa-Kartell oder dem CJNG verbunden waren, wurden zwischen 2013 und 2023 von der US-Kontrollbehörde des Finanzministeriums, dem Office of Foreign Assets Control (OFAC), sanktioniert. Kriminelle Netzwerke umfassen oft Politiker*innen, Unternehmer*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft.

„Natur und Bevölkerung zahlen für das Megaprojekt einen hohen Preis. Für andere dagegen sind Bau und Betrieb des Zuges sowie Kauf und Entwicklung von Grundstücken rund um die Bahntrasse eine Goldgrube.“

Dutzende Politiker*innen stehen derzeit wegen Verbindungen zur organisierten Kriminalität im Fokus des US-Justizministeriums. Dem Online-Portal „Pie de Nota“ zufolge befinden sich auf einer Liste mit Personen, auf deren Auslieferung

die US-Regierung drängt, unter anderem drei Ex-Gouverneur*innen, fünf Senator*innen und vier Abgeordnete. Mindestens 50 Politiker*innen und Regierungsbeamt*innen wurde Reuters zufolge ihr US-Visum entzogen.

FESTNAHMEN ALS INSZENIERUNG

Der Kampf gegen organisierte Kriminalität ist in vielen Ländern Lateinamerikas oft eine Show, die sich vor allem gegen schwer bewaffnete, tätowierte Gangmitglieder oder Führungspersonal von Kartellen richtet. Nach Razzien präsentieren Polizei und Militär Drogen und Waffen, Drogenpakete gehen vor TV-Kameras in Flammen auf – doch hinter den Kulissen laufen häufig Deals mit Gangs und Kartellen. 2024 wurde der mexikanische Ex-Sicherheitsminister und Anti-Drogen-Zar Genaro García Luna von einem US-Gericht zu mehr als 38 Jahren Haft verurteilt – er hatte Bestechungsgelder in Millionenhöhe vom Sinaloa-Kartell kassiert.

Auch der honduranische Ex-Präsident Juan Orlando Hernández galt lange als vorbildlicher Kämpfer gegen das organisierte Verbrechen und enger Verbündeter der USA – 2024 wurde er wegen organisierter Kriminalität verurteilt. Nayib Bukele, der Präsident von El Salvador, lässt in seinem Megagefängnis CECOT für Polit-PR-Videos tätowierte Gangmitglieder in Shorts vor Kameras aufmarschieren – seinen Aufstieg zur Macht erreichte er auch mit Deals mit den Gangs, die die Mordrate senkten.

„Die Infiltration der Politik durch organisierte Kriminalität verläuft normalerweise von unten nach oben, von der lokalen Ebene bis hoch hinauf in die Bundesebene“, beobachtet der Sicherheitsexperte Edgardo Buscaglia. In Mexiko fördern kriminelle Organisationen wie Kartelle, aber auch reiche Unternehmer*innen solche Kandidat*innen, von denen sie sich politische Gefallen erhoffen, etwa mit Wahlkampfspenden. Bei lokalen oder regionalen Wahlen stellen kriminelle Organisationen in Mexiko auch eigene „Narco-Kandidat*innen“ auf und räumen die Konkurrenz aus dem Weg, indem sie sie zum Rückzug drängen oder ermorden.

Im Wahljahr 2024 gab es in Mexiko mehr als 750 Angriffe auf Politiker*innen, 36 Kandidat*innen wurden ermordet. Bürgermeisteranwärterin Yesenia Lara Gutiérrez wurde im Bundesstaat Veracruz bei einer Wahlkampfveranstaltung erschossen, live gestreamt auf Facebook. Der kolumbianische Drogenboss Pablo Escobar popularisierte den Begriff „Plata o plomo“ („Geld oder Blei“) für diese Strategie, Politiker*innen durch Geld oder Gewalt zu kontrollieren. Escobar schaffte es 1982 sogar als Abgeordneter in den Kongress.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

„Organisierte Kriminalität, das sind nicht nur schießwütige Pistolereros, die Menschen ermorden lassen“, sagt Buscaglia. „Ein sogenanntes Kartell ist nur eine Form der organisierten Kriminalität – aber die schädlichste und häufigste Form, die Staaten zerfrisst, die Demokratie zerstört, ist die Gefangennahme der Politik durch reiche Unternehmer*innen, die etwa Wahlkämpfe illegal finanzieren, sich politische Gefallen sichern und dann an öffentlichen Ausschreibungen bereichern.“

Um organisierte Kriminalität tatsächlich als Phänomen zu greifen und zu bekämpfen, müsste sie Buscaglia zufolge so verstanden werden wie nach dem 1970 erlassenen US-Bundesgesetz Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO Act) – „also als eine Gruppe von Personen, die sich organisieren und regelmäßig Verbrechen begehen, ohne die Notwendigkeit, dass sie eine Waffe tragen oder in den Drogenhandel involviert sind.“ In Argentinien stünden etwa die angesehensten Geschäftsleute des Landes vor Gericht, so Buscaglia, nach Schmiergeldzahlungen an Ex-Präsidentin Kirchner. Auch der Korruptionskandal um die brasilianische Bau- und Ingenieurfirma Odebrecht, die Projekte wie Flughäfen, Häfen oder Straßen verantwortete, enthüllte millionenschwere Zahlungen an Politiker*innen bis hin zu Staatschefs. Odebrecht unterhielt eine Abteilung, die sich nur um die Abwicklung und Verschleierung von Korruption kümmerte.

„Institutionelle Antikörper“ könnten helfen, kriminelle Machenschaften proaktiv aufzudecken, sagt Buscaglia. „Die illegale Wahlkampffinanzierung, Infiltrationen bei Mega-

projekten und Interessenkonflikte bekämpft man idealerweise mit laufenden Audits, etwa zur Herkunft von Geldern – nicht erst im Nachhinein in Form von Ermittlungen“, meint er. „In Mexiko wird man aber kaum rechtskräftige Beweise für illegale Absprachen finden, weil es keine Kontrollmechanismen gibt, kaum Ermittlungen stattfinden und Korruption auf dem höchsten Level gar nicht erst vor Gericht kommt.“

EXPLODIERTE KOSTEN, OFFENE RECHNUNGEN

Dem Thinktank México Evalúa zufolge sind die anvisierten Kosten für den Maya-Zug um 176 % explodiert – mit Mehrkosten von umgerechnet rund 17 Milliarden Dollar. Rentabel sei der Zug auch nicht, 2024 habe er nur zehn Prozent der Betriebskosten wieder eingespielt. Dort, wo früher dichter Regenwald stand, ragen nun moderne, fast leere Bahnhöfe auf, mit viel Betonfläche und Beeten mit Mini-pflänzchen in Reih und Glied. Manche wirken wie Geisterstädte, mit mehr Soldaten als Passagieren.

Erst vor einigen Monaten hat die neue Regierung unter Präsidentin Claudia Sheinbaum die Umweltschäden, die der Zug verursacht hat, anerkannt. Sie will analysieren, welche Schäden in Regenwald, Höhlen und Wasser hinterlassen wurden und wie sie eingedämmt werden können. Wer die Rechnung zahlen soll, ist unklar. Dennoch plant Sheinbaum bereits, den Maya-Zug nach Guatemala und Belize zu verlängern.



SONJA PETERANDERL

ist Journalistin und Gründerin von BuzzingCities Lab, einem Thinktank, der sich mit digitaler Innovation, Sicherheit und organisierter Kriminalität beschäftigt.

euz.editor@dandc.eu

Diese Recherche wurde gefördert und unterstützt von Netzwerk Recherche und der gemeinnützigen Umwelt-Förderorganisation Olin gGmbH.



Russische Holzpuppen namens Matroschka, die den russischen Präsidenten Wladimir Putin, den US-Präsidenten Donald Trump und den chinesischen Präsidenten Xi Jinping darstellen, in einem Souvenirladen in Moskau.

GOVERNANCE

Die Weltordnung der Oligarchen

*Eine neue Art von Oligarch*innen ist auf dem Vormarsch: Sie sind häufig autoritär, wenig an Stabilität interessiert, dafür aber sehr daran interessiert, Macht auszuüben – sei es durch politische Positionen oder technologische Dominanz. Welche Weltordnung schwebt ihnen vor?*

VON DAVID LINGELBACH UND VALENTINA RODRIGUEZ GUERRA

Als Michail Gorbatschow 1985 mit den Reformen begann, die sechs Jahre später zum Ende der Sowjetunion führen sollten, setzte an anderer Stelle ein anderer folgenschwerer Prozess ein. In drei Ländern des Globalen Südens kamen Oligarchen an die Macht: José Sarney, Nachkomme einer alten Zuckerrohrfamilie, wurde zum Präsidenten Brasiliens gewählt und häufte schließlich ein Vermögen an, das wir auf 1,5 bis 2,5 Milliarden Dollar schätzen. General Ibrahim Babangida ergriff in Nigeria in einem gewaltfreien Staatsstreich die Macht und erlangte anschließend ein Vermögen, das wir auf 15 bis 30 Milliarden Dollar schätzen. Und Hun Sen, ein ehemaliger Regimentskommandeur der Roten Khmer, wurde zum Premierminister Kambodschas ernannt, ein Amt, das es ihm ermöglichte, ein Familienvermögen anzuhäufen, das wir heute auf 1 Milliarde Dollar schätzen.

Nach unseren Analysen am Center for the Study of Oligarchs war 1985 das erste Jahr seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in dem die Zahl der Oligarch*innen, die Länder regieren, sowohl im Globalen Süden als auch im Norden zu steigen begann – ein Trend, der seither angehalten hat. Im Gegensatz zu anderen Definitionen, die Oligarch*innen als Mitglieder einer Oligarchie definieren – einer Regierungsform, in der die Macht von einer kleinen Gruppe von Menschen ausgeübt wird –, beziehen wir uns im Folgenden bei Oligarch*innen jedoch nicht nur auf eine bestimmte Herrschaftsform. Wir verstehen unter Oligarch*innen wirtschaftliche oder politische Akteur*innen, die entweder Reichtum oder Macht erlangen – und dann das eine nutzen, um das andere zu bekommen. Diese reichen und mächtigen Eliten sind überall auf der Welt und in der gesamten Weltgeschichte zu finden.

OLIGARCH*INNEN REGIEREN EINIGE DER WELTWEIT GRÖSSTEN VOLKSWIRTSCHAFTEN

Im Jahr 2025 haben bisher 33 Oligarch*innen als Staats- bzw. Regierungschef*innen gedient oder tun dies noch immer. Dies zeigt, wie viel Einfluss sie weltweit haben. 82 % der Oligarch*innen stammen aus Ländern des Globalen Südens, und bis auf eine Ausnahme handelt es sich ausschließlich um Männer. Sechs der 20 größten Volkswirtschaften der Welt werden von Oligarchen regiert. Dazu gehören Chinas Xi Jinping, dessen Vermögen wir auf 1,6 Milliarden Dollar schätzen, Donald Trump in den USA, dessen Vermögen zuletzt auf 7,5 Milliarden Dollar geschätzt wurde, Wladimir Putin aus Russland, der unserer Schätzung nach 6 Milliarden Dollar kontrolliert, Prabowo Subianto, Indonesiens Präsident, mit einem Familienvermögen von etwa 135 Millionen Dollar, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der 100 Millionen Dollar kontrolliert, und der reichste der sechs, Mohammed bin Salman, der de facto Herrscher Saudi-Arabiens, dessen Vermögen auf min-

destens 100 Milliarden Dollar geschätzt wird. Noch anschaulicher ist die folgende Zahl: 48 % des heutigen globalen BIP wird von Ländern erwirtschaftet, die von Oligarch*innen regiert werden.

Während der letzten 40 Jahre profitierten die Oligarch*innen von einer Welt, die unsicherer, ungleicher und institutionell instabiler geworden ist. Seit 2017, als Donald Trump seine erste Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten antrat und Mohammed bin Salman de facto Herrscher von Saudi-Arabien wurde, ist die liberale internationale Ordnung zunehmend in Auflösung begriffen. Gleichzeitig entstand eine neue Weltordnung der Oligarch*innen. Die Jahre von 1985 bis 2017 legten den Grundstein dafür, indem sie Oligarch*innen allmählich als Bestandteil der Weltwirtschaft und der internationalen Ordnung normalisierten.

„48 % des heutigen globalen BIP wird von Ländern erwirtschaftet, die von Oligarch*innen regiert werden.“

OLIGARCH*INNEN PROFITIEREN VON EINER ZUNEHMEND INSTABILEN WELTLAGE

Oligarch*innen können – je nachdem, ob sie zuerst zu Reichtum oder zu Macht gelangen – als unternehmerische oder politische Oligarch*innen klassifiziert werden, wobei ihr Reichtum und ihre Macht unterschiedlicher Art sein können. Reichtum kann selbst erworben, geerbt, durch Beziehungen erlangt oder eine Kombination aus allen drei sein. Macht gibt es in drei Formen: Entscheidungsmacht (z. B. als Staatsoberhaupt oder Regierungschef*in), Agenda-Setting (durch Medienbesitz oder finanzielle Beiträge zu politischen Aktivitäten) oder – wie die sogenannten „Tech Bros“ in den USA gezeigt haben – durch die Beeinflussung unseres Denkens und Handelns mittels Technologien wie Suchmaschinen oder künstlicher Intelligenz. Trotz ihrer Unterschiede und obwohl sie weitgehend unabhängig voneinander agieren, verfolgen Oligarch*innen ähnliche Strategien, die sie in eine gemeinsame Richtung führen. Wir nennen diese gemeinsame Richtung die „Weltordnung der Oligarch*innen“.

Die Weltordnung der Oligarch*innen ist durch sechs wesentliche Merkmale geprägt. Erstens wird sie von drei strukturellen Faktoren angetrieben: Ungleichheit, Unsicherheit und institutionellem Wandel. Die zunehmende

„Sechs der 20 größten Volkswirtschaften der Welt werden von Oligarch*innen regiert.“

Vermögens- und Einkommensungleichheit hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Oligarch*innen und ihr durchschnittliches Vermögen gestiegen sind, wodurch sie verschiedene Arten von Macht erwerben konnten. Zunehmende Unsicherheit schafft sowohl wirtschaftliche als auch politische Chancen, die Oligarch*innen besonders gut zu nutzen wissen. Und institutioneller Wandel, insbesondere der Niedergang öffentlicher Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit, legt Oligarch*innen weniger Schranken auf und ermöglicht ihnen so, mehr Reichtum und Macht anzuhäufen.

Ein Oligarch, der all diese Faktoren für sich genutzt hat, ist Russlands Wladimir Putin. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus nahmen die Vermögens- und Einkommensunterschiede in Russland rapide zu, wodurch die erste Generation von Oligarch*innen entstand. Putin gewann beträchtliche öffentliche Unterstützung, indem er diese Oligarch*innen unter Kontrolle brachte – und zugleich selbst der Mächtigste von ihnen wurde. Gleichzeitig schuf die zunehmende Unsicherheit in dieser Zeit vielfältige Möglichkeiten zur Vermögensbildung und Machtakkumulation. Ohne diese Instabilität wäre Putins plötzlicher Aufstieg zur Macht Ende der 1990er-Jahre nicht möglich gewesen. Auch der Niedergang der Rechtsstaatlichkeit in Russland bot Putin die Möglichkeit, sowohl Reichtum anzuhäufen als auch – paradoxerweise – als starker Mann aufzutreten, der für Stabilität sorgt.

Zweitens wird die Weltordnung der Oligarch*innen immer autoritärer. Betrachtet man die sechs Oligarchen, die derzeit eine der 20 größten Volkswirtschaften der Welt regieren, so regieren sie alle autoritär. 47 % aller Oligarch*innen, die 2025 Staats- oder Regierungsoberhäupter waren, kommen aus Ländern, die von Freedom House als „unfrei“ eingestuft werden. Vor fünf Jahren waren es noch 42 %.

Drittens stellt die Weltordnung, die diese Oligarch*innen für sich selbst erschaffen, den Rest der Welt vor schwierige Entscheidungen. Die Oxford-Historikerin Margaret MacMillan sprach kürzlich über drei aufstrebende Einflussphären mächtiger Oligarchen: Xi in Ostasien, Trump in der westlichen Hemisphäre und Putin in Eurasien. Der Rest der Welt muss sich schnell entscheiden, welcher Einflussphä-

re er sich anschließen oder widersetzen will. Diese Entscheidungen werden voraussichtlich zu Konflikten führen und zugleich den Akteur*innen, die die richtige Wahl treffen, enormen neuen Reichtum bescheren. Die Weltordnung der Oligarch*innen wird die Welt also voraussichtlich noch instabiler machen.

Viertens geht es bei der Weltordnung der Oligarch*innen ebenso sehr um die Schaffung von Reichtum für die Oligarch*innen wie um die Anhäufung und Ausübung von Macht. Heute sind sieben der zehn reichsten Menschen der Welt Oligarchen: Elon Musk, Larry Ellison, Mark Zuckerberg, Jeff Bezos, Larry Page, Bernard Arnault und Jensen Huang. Die meisten von ihnen sind in den USA ansässige „Tech-Bros“. Das war vor nicht allzu langer Zeit noch anders. So wurde beispielsweise Larry Ellison von Oracle im letzten Jahr vom Nicht-Oligarchen zum faktischen Kontrolleur mächtiger Medienunternehmen wie CBS, TikTok und möglicherweise auch CNN, sollte das Unternehmen seines Sohnes mit Warner Bros. Discovery fusionieren. Er ist heute der zweitreichste Mensch der Welt und einer der mächtigsten unter den Oligarch*innen.

Fünftens ist die Weltordnung der Oligarch*innen schwer zu verstehen, weil sie nicht in unsere vorgefertigten Kategorien passt. Einige Oligarch*innen regieren Staaten, aber sie führen sie anders, als Staaten bisher geführt wurden. Nayib Bukele aus El Salvador beispielsweise kombiniert oligarchische Methoden wie Kontrolle, Personal Branding und selektive Strafverfolgung mit geschicktem digitalem Populismus und Kryptokapital. Viele Oligarch*innen üben ihre Macht jedoch auf nichtstaatliche Weise aus: durch die Kontrolle der Medien, durch finanzielle Beiträge oder durch die Dominanz in der Medien- oder der Technologiebranche – man denke wieder an Larry Ellison.

Sechstens wenden Oligarch*innen verschiedene Strategien an, um die internationale Ordnung nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Diese Strategien basieren darauf, Ungleichheit, Unsicherheit und institutionellen Wandel zu verstärken und auszunutzen. Die Folgen für die Weltwirtschaft und die internationale Ordnung, wie beispielsweise der Verlust an Stabilität und Vorhersehbarkeit, spielen für die meisten Oligarch*innen dabei keine Rolle.

WOHIN SICH DIE WELT ENTWICKELN KÖNNTE

Was wären die Auswirkungen, wenn sich diese oligarchische Weltordnung durchsetzt? Wir wagen vier Prognosen:

1. Oligarch*innen müssen immer weniger Staaten vereinbaren, um Reichtum und Macht zu erlangen. Stattdessen besteht das Machtmodell der neuen Oligarch*innen darin, Macht auch außerhalb des Staates in technologiegestütz-

ten Formen auszuüben, die im Wesentlichen unreguliert sein werden. Neben Medien- und Technologieoligarch*innen erwarten wir mehr Oligarch*innen wie den Unternehmer Ricardo Salinas Pliego aus Mexiko oder El Salvadors Präsidenten Nayib Bukele, der zwar staatliche Macht hält, jedoch die öffentlichen Institutionen schwächt und die Rechtsstaatlichkeit untergräbt. Beide fördern nichtstaatliche Geldformen wie Kryptowährungen und setzen aggressive Social-Media-Strategien ein, um die Einstellungen und Verhaltensweisen ihrer Anhänger*innen zu beeinflussen.

2. Wird die Weltordnung der Oligarch*innen friedlicher oder konfliktreicher sein? Das ist schwer zu sagen, aber die autoritären Züge vieler Oligarch*innen lassen vermuten, dass Gewalt, sei es in Form von Kriegen oder inneren Unruhen, wahrscheinlich zunehmen wird.

3. Die Welt der Oligarch*innen wird weiterhin von Männern dominiert werden. Auch wenn gelegentlich eine kleopatra-ähnliche Figur auftauchen mag, werden Pfadabhängigkeit und Gatekeeping Frauen wahrscheinlich weiterhin an den Rand des Oligarchenclubs drängen.

4. Die Weltordnung der Oligarch*innen wird keine regelbasierte, liberale Ordnung sein, die auf Multilateralismus und Zusammenarbeit ausgerichtet ist. Es wird vielmehr ein Zeitalter rivalisierender Machtblöcke sein, in dem sich alle Akteur*innen entscheiden müssen, welchem Block sie sich anschließen oder entgegenstellen wollen.

WIE DIE OLIGARCHISCHE WELTORDNUNG VERHINDERT WERDEN KANN

Kann die Weltordnung der Oligarch*innen gestoppt, gestört, umgekehrt oder zumindest eingedämmt werden? Die dauerhafte Umkehrung früherer oligarchischer Ordnungen erforderte meist strukturelle Brüche wie Kriege oder Revolutionen. So wurden beispielsweise die japanischen Zaibatsu, mächtige Unternehmenskonglomerate, aufgrund der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg und der anschließenden amerikanischen Besatzung zerschlagen. Dies brach die Macht der Oligarch*innen, und die Zaibatsu wurden durch das Keiretsu-System ersetzt, das bis heute besteht und die Konzentration großer finanzieller Macht verhindern soll. Revolutionen wie die in Kuba 1959 und in Bolivien 1952 reduzierten den Reichtum und die Macht der Oligarch*innen durch Verstaatlichung. Dies sind jedoch seltene Ereignisse, daher sollte man nicht allzu optimistisch sein, dass die jüngsten Trends leicht gestoppt oder umgekehrt werden können, wenn sie sich einmal etabliert haben.

Eindämmung könnte eine realistischere Strategie sein. Wie wir an anderer Stelle geschrieben haben, könnte eine solche Eindämmung aus den folgenden Elementen bestehen:

- Gesellschaften sollten die Art, wie Oligarch*innen denken und handeln und welche Faktoren ihren Aufstieg ermöglichen, besser verstehen lernen.
- Sie sollten sich auf Regelungen einigen, die den Handlungsfreiraum von Oligarch*innen einschränken. Diese sollten insbesondere ihr Vermögen und ihre politische Macht begrenzen sowie die Möglichkeiten, das eine zu nutzen, um das andere zu erwerben.
- Die Zivilgesellschaft sollte eine breit angelegte und weitgehend nichtstaatliche Initiative starten, mit dem Ziel, den Einfluss der Oligarch*innen zu begrenzen.
- Bekämpfung von Feuer mit Feuer, indem man die Taktiken der Oligarch*innen gegen sie selbst einsetzt – und so ihren Reichtum und ihre Macht verringert. Dazu könnten Finanzhandelsstrategien oder die Nutzung von KI- und Blockchain-Technologien gehören.



DAVID LINGELBACH

ist Gründer und Vorsitzender des Center for the Study of Oligarchs (www.oligarchcenter.org) und Professor für Entrepreneurship an der Universität Baltimore.

dlingelbach@oligarchcenter.org



VALENTINA RODRÍGUEZ GUERRA

ist Gründerin und stellvertretende Vorsitzende des Center for the Study of Oligarchs (www.oligarchcenter.org). Sie promoviert derzeit im Fach Management an der Universidad de los Andes.

vrodriguez@oligarchcenter.org

Gemeinsam veröffentlichten sie 2023 das Buch „The oligarchs’ grip: fusing wealth and power“ (Der Einfluss der Oligarchen: Die Verschmelzung von Reichtum und Macht). Ihre nächsten Bücher, „Games without thrones: 8 leadership lessons from oligarchs“ (Spiele ohne Throne: 8 Führungslektionen von Oligarchen) und „The oligarchs of the Americas: from the Conquistadores to Silicon Valley“ (Die Oligarchen Amerikas: Von den Konquistadoren bis zum Silicon Valley), werden 2026 erscheinen.

IMPACT INVESTING

Wie man reiche Menschen davon überzeugt, ihr Geld für gute Zwecke zu nutzen

Privatvermögen könnte transformativ sein für die Bewältigung globaler Herausforderungen. Doch viele reiche Privatleute sind bei wirkungsorientierten Investitionen zögerlich. Um privates Kapital für eine nachhaltige Entwicklung freizusetzen, müssen Denkweisen geändert und Vertrauen aufgebaut werden.

VON NICO BLAAUW

Eine Form des Impact Investing ist es, in Unternehmen zu investieren, die unterversorgte Bevölkerungsgruppen mit lebenswichtigen Gütern wie Nahrungsmitteln unterstützen.



Der dramatische Anstieg globaler Ungleichheit ist keine Neuigkeit. Als Forbes 1987 begann, Milliardär*innen zu erfassen, gab es 140. Heute sind es 3028 – darunter 247 Neuzugänge allein im letzten Jahr. Das Gesamtvermögen dieser Personen liegt bei 16,1 Billionen Dollar. Die reichsten 1,5 % der Menschen besitzen heute 48 % des globalen Vermögens.

In der Geschichte der Menschheit haben noch nie so wenige Leute so viel besessen. Ihr Vermögen wäre mehr als ausreichend, um einen transformativen globalen Wandel zu finanzieren – von der Bekämpfung des Klimawandels bis zur Abschaffung von Hunger und extremer Armut –, während sie weiterhin extrem reich blieben. Doch statt mehr wird weniger in Nachhaltigkeit investiert. Im vergangenen Jahr zogen Investierende fast 20 Milliarden Dollar aus nachhaltigen Fonds mit Sitz in den USA ab. Fundraising für ökologische und soziale Zwecke bleibt weiterhin zäh.

Es bleibt die Frage, warum die Finanzelite ihre immensen Ressourcen nicht nutzt, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Was hält die Reichsten davon ab, sich um ein positives Vermächtnis zu bemühen, statt mehr Reichtum anzuhäufen?

„In der Geschichte der Menschheit haben noch nie so wenige Leute so viel besessen.“

Nachhaltige Entwicklung ist nur möglich, wenn Impact Investing deutlich bekannter wird. Die Menschheit steht vor derart herausfordernden Aufgaben, dass Regierungen und NGOs sie nicht allein bewältigen können. Der Privatsektor muss skalierbare Lösungen finanzieren, die Rentabilität mit sozialer und ökologischer Verantwortung verbinden.

Das ist die Kernidee hinter Impact Investing: Kapital in Unternehmen zu lenken, die finanzielle Renditen und messbare Vorteile für Mensch und Erde erzielen. Unternehmen wie Goodwell Investments, bei dem ich arbeite, investieren etwa in afrikanische Unternehmen in der Frühphase, die unterversorgte Bevölkerungsgruppen mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen versorgen.

HINDERNISSE FÜR IMPACT INVESTING

Impact Investing scheint eine Win-win-Situation zu sein: Es ist sowohl verantwortungsvoll als auch profitabel und fördert Nachhaltigkeit und soziale Inklusion. Dennoch zögern

viele reiche Menschen, sich darauf einzulassen. Der Grund dafür liegt in einer Mischung aus strukturellen und psychologischen Hürden.

Die Psychologie des Reichtums ist äußerst komplex. Geld steht für Freiheit, Chancen und Sicherheit. Diese Freiheiten für sich selbst und künftige Generationen zu bewahren, ist ein tief verwurzelter menschlicher Instinkt. Mit dem Vermögen wächst somit auch der Wunsch, es zu schützen. Viele vermögende Privatpersonen konzentrieren sich daher eher darauf, ihr Vermögen zu sichern, als es für soziale oder ökologische Zwecke einzusetzen.

Reichen Investierenden stehen zudem oft die eigenen Vermögensverwaltungen im Weg, die als Torwächter des Kapitals fungieren. Selbst wenn die Kundschaft Interesse hat, schlagen Beratende selten Impact-Investment-Optionen vor. Tatsächlich sind es oft die Anleger*innen selbst, die ihre Vermögensverwaltungen auf solche Optionen hinweisen – nicht umgekehrt.

Finanzberater*innen neigen dazu, Risiken zu betonen und die Kundschaft zu konventionellen Portfolios mit geringer Volatilität zu lenken. Dies verstärkt die Herdenmentalität, für die Finanzmärkte bekannt sind. Obwohl einige Befürwortende von Impact Investments innerhalb von Finanzinstituten daran arbeiten, diese Denkweise zu ändern, sind sie nach wie vor eher die Ausnahme.

Impact Investing erfordert auch ein bestimmtes Mindset, geprägt davon, wie Investierende ihre Vermögen aufgebaut haben. Sehen sie sich selbst als Unternehmende? Welche sozialen oder ökologischen Themen liegen ihnen am Herzen? Welches Vermächtnis möchten sie hinterlassen? Für reiche Menschen kann die Auseinandersetzung mit solchen Fragen die Grundlage für eine gesamte Anlagestrategie bilden.

Wirkungsorientiert zu denken bedeutet auch, Privilegien anzuerkennen – etwa die Fähigkeit, begrenzte Liquidität und längere Anlagehorizonte in Kauf zu nehmen, im Gegenzug für bedeutende soziale und ökologische Renditen.

HINDERNISSE FÜR IMPACT INVESTING IN AFRIKA

Diese allgemeinen Hindernisse sind nur erste Hürden in einem weitaus längeren Rennen. Neue Impact-Investierende bleiben oft in ihrer Komfortzone und bevorzugen geringes Risiko gegenüber messbarer Wirkung. Oft gelten erneuerbare Energien oder digitale Technologien als „sichere“ Sektoren.

Beim Impact Investing in Afrika zeigen sich diese Hürden noch deutlicher. Investitionen in den Kontinent sehen wir-

kungsorientierte Investierende immer noch erst als zweiten oder gar dritten Schritt – etwas, das später zu überlegen ist, wenn überhaupt. Investierende ohne private oder berufliche Verbindungen zum Kontinent schrecken davor oft zurück. Dadurch verpassen sie echte Chancen sowohl auf finanzielle Erträge als auch auf transformative soziale Wirkung.

Das Fehlen persönlicher Beziehungen ist eine Herausforderung. Afrikanische Anleger*innen erhöhen nach und nach ihre Investitionen auf dem Kontinent. Im vergangenen Jahr gab die African Private Capital Association an, dass 31 % der aktiven Risikokapitalinvestitionen von Afrikaner*innen getätigt wurden – die damit als größte Einzelinvestorengruppe des Kontinents auftreten. Für viele internationale Anleger*innen scheint Afrika jedoch weit weg. Oft fehlen ihnen zuverlässige Informationen über Anlagemöglichkeiten – besonders wenn ihre Finanzberatungen diese nicht bereitstellen. Hartnäckig halten sich veraltete Vorstellungen und verschleiern die unternehmerische Dynamik, die boomende Tech-Szene, das schnelle Bevölkerungswachstum und das enorme Geschäftspotenzial, das Afrika bietet.

Das ist ein Grund, warum es besonders sinnvoll ist, sich auf Unternehmen zu konzentrieren, die wichtige Güter und Dienstleistungen anbieten. Solche Investitionen haben vor Ort spürbare soziale Auswirkungen und bieten Anleger*innen gleichzeitig zugängliche und widerstandsfähige Möglichkeiten – Unternehmungen, die Krisen überstehen und dennoch nachhaltige Renditen erzielen können.

UMDENKEN ANREGEN

Finanzielle und soziale Renditen können helfen, die Wahrnehmung der Investierenden zu verändern – weg davon, Impact Investments als wohltätige Spenden zu sehen, und hin dazu, sie als sinnvolle, langfristige Kapitalbindungen zu erkennen. Sie zu diesem ersten Schritt zu bewegen, ist allerdings das Schwierigste.

Beziehungen zu wirkungsorientierten Anleger*innen aufzubauen, ist das A und O. Das können Menschen mit persönlichen Verbindungen zu einer bestimmten Region oder Branche sein oder solche, die sich für bestimmte soziale oder ökologische Themen interessieren. Vertrauen und ein gemeinsames Ziel sind unabdingbar – ohne diese wagen sich reiche Investierende kaum auf unbekanntes Terrain.

Fondsmanager*innen haben auch eine erzieherische Rolle. Sie müssen klarstellen, dass Impact Investing nicht Philanthropie, sondern Investition ist – mit finanzieller Disziplin, messbaren Ergebnissen und klarem Fokus auf Gewinn und Zweck. Von da an sollte der Schwerpunkt vom wahrgenommenen Risiko auf die nachgewiesenen Auswirkungen ver-

lagert werden. Das ist zentral, um vermögende Anleger*innen zu überzeugen, ihr Kapital dort einzusetzen, wo es wirklich etwas bewirken kann.

Im nächsten Schritt muss Investieren leichter gemacht werden. Mechanismen wie Co-Investment-Modelle, Garantien und gemischte Finanzierungsstrukturen können helfen, das wahrgenommene Risiko zu senken, sodass sich die erste Investition weniger wie ein Sprung ins Ungewisse anfühlt. Teil dieses „Mindset-Toolkits“ sollten Instrumente wie First-Loss-Kapital, ergebnisorientierte Finanzierung, Umsatzbeteiligungsmodelle und Garantien von Entwicklungsförderungsinstituten sein.

Auch die direkte Erfahrung ist wichtig. Über ein vielversprechendes Projekt in Nigeria oder Uganda zu lesen, ist etwas anderes, als Unternehmende persönlich zu treffen und die positiven Auswirkungen ihrer Arbeit zu sehen. Durch Besuche vor Ort können aus abstrakten Ideen greifbare Überzeugungen werden.

Investierenden muss Afrika als Kontinent der Chancen, nicht der Wohltätigkeit, präsentiert werden – etwa über konkrete Daten und Erfolgsgeschichten, bei denen Investitionen messbare Auswirkungen und zugleich wettbewerbsfähige finanzielle Renditen erzielt haben. Die veraltete Erzählung von der „Hilfe für die Armen“ muss einer neuen Erzählung von der „Partnerschaft mit Innovator*innen“ weichen.

Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheit gibt es viele Gründe, optimistisch in die Zukunft des Impact Investing zu blicken. Laut PwC waren im Jahr 2024 sogenannte „Family Offices“ für 54 % des weltweiten Impact-Investing-Volumens verantwortlich. Ein Family Office ist ein Unternehmen, das das Privatvermögen einer einzelnen Familie verwaltet. In den USA verfolgen immer mehr dieser Unternehmen einen reinen Impact-Ansatz. Zunehmend übernehmen Millennials und jüngere Generationen Verantwortung für die Vermögensverwaltung, deren Anlageprioritäten stärker von sozialen und ökologischen Überlegungen geprägt sind. Sind sie einmal überzeugt, bringen sie oft ältere Generationen dazu, ihrem Beispiel zu folgen. Generell gilt: Ist die erste Investition erfolgreich, wächst das Vertrauen. Positive finanzielle und soziale Ergebnisse können reiche Menschen zu aktiven Fürsprechenden machen, die andere aus ihrer Gruppe dazu ermutigen, ebenfalls Gutes zu tun und dabei erfolgreich zu sein.



NICO BLAAUW

ist Partner bei Goodwell Investments und verantwortlich für die Bereiche „Investor Relations and Marketing“ sowie „Communication and Communities“.

contact@goodwell.nl